Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 7 Juli 1971 | 5. Jahrgang | Preis 50 Pfennig

CHEMIE-KAMPF

Die Arbeitskämpfe in der Chemie-Branche sind eine Generalprobe für den Tarifkampf im Metallbereich im kommenden Herbst. Der Dreieinigkeit von Kapital, Staat und Gewerkschaftsapparat geht es darum, die Ergebnisse im Rahmen des Lohndiktats der konzertierten Aktion zu halten. Der Geheimvertrag im Bergbau hat die Arbeiter der übrigen Branchen gewarnt.

Diese Taktik zur Niederhaltung des Kampfwillens der Arbeiter zieht daher nicht mehr. Im Chemie-Bereich wird eine neue Taktik erprobt, die auf die Formel gebracht werden kann: Radikal tönen, mit den Kapitalisten versöhnen.

Damit die Arbeiter in ihrem Kampf an den bürgerlichen Gewerkschaftsapparat gefesselt bleiben und weiter-

Eifrig bemüht ist man darum, eine Absicherung der Effektivlöhne erst gar nicht zur Sprache zu bringen.

hoben: Um der »Friedenspflicht« zu entgehen, lassen sich Betriebsräte eigens von ihren Betriebsratspflich-

C 21246 E

Bourgeoisie 'erlaubt' DKP - DKP fordert Verbot der KPD/ML

Im Flensburger Landgericht stimmte DDR-Bourgeois Kaul, Staranwalt und »Mustang«-Fahrer die International an. Mit ihm sangen Alt-Revisionist Reimann und ein Haufen in Bussen herbeigeschaffter DKP-Funktionäre und Mitglieder. Verhandelt wurde der Einziehungsantrag zum KPD-Programm von 1968.

Die ganze Show, die Kaul und Kumpane in deutlicher Anlehnung an die Prozeß-Happenings der Studentenbewegung abzogen, erwies sich spätestens dann als billige Posse, als Landgerichtsdirektor Henningsen den Einziehungsantrag ablehnte. Begründung: In dem Programm-Entwurf finde sich dem Inhalt nach nichts, was gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sei.

Die Herren aus der DDR und den DKP-Büros hatten ein wenig die Revoluzzer gespielt, aber was das Entscheidende war: ein bürgerliches Gericht bestätigte ihnen — noch einmal — ausdrücklich, was sie wirklich sind: ein Haufen bürgerlicher Politiker. (In der gleichen Woche stellte dann auch der Innenausschuß in Bonn deutlich fest, daß keine Absicht bestünde, die DKP zu verbieten.)

Aber die Flensburger Posse ist für uns alles andere als ein Anlaß zur Heiterkeit. Denn Reimann, Bachmann, Kapluck und wie sie alle heißen, sind nicht nur irgendwelche bürgerlichen Politiker sie sind bürgerliche Politiker in

Und das heißt nichts anderes, als daß die DKP ihr Soll im Auftrag der Bourgeoisie konsequent durchgeführt hat: Den Kampf der Arbeiterklasse zu lähmen, das Proletariat zu spalten.

Wir haben im RM schon häufiger dargestellt, welche Gefahren die bürgerlichen Ideologie, die von der DKP in die Arbeiterklasse hineingetragen wird, für die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes bedeutet. Dadurch, daß die DKP viele klassenbewußte Arbeiter ideologisch an die Bourgeoisie kettet, (zum Beispiel, indem sie bei ihnen Illusionen vom »friedlichen Übergang«, von der Möglichkeit der Zurückdrän-

hin der reformistischen Mitbestimmungsideologie unterliegen, treten die Bonzen wortradikal auf und tun so, als organisierten sie harte Arbeitskämpfe. Zugleich aber wird alles getan, um die Kampfziele möglichst verschwommen zu halten: Mal spricht man von 12%, mal von 11%, dann geht man auf 9% herunter und läßt verlauten, daß 7,5 % erwogen werden. Im Tarifgebiet Nordrhein beispielsweise ging die IG Chemie nach Scheitern der Schlichtung »freiwillig« von 11% auf 9% herunter und erwartet dann noch ein »interessantes Angebot der Gegenseite«.

Die Erwartungen der Arbeiter werden zugleich vom Tarifabschluß in Rheinland-Pfalz (6,5%) gedämpft.

Nur wenn es den Bonzen gelingt, die Kampfkraft der Kollegen allmählich zu zersetzen, können sie erwarten, von den Kapitalisten als Partner anerkannt zu werden: Auch die IG Chemie möchte sich auf diese Weise die Mitbestimmung verdienen. Zum einen muß sie daher den Streik fördern, zum anderen scharf darauf achten, die Streikenden jederzeit im Griff zu halten, um so der Bourgeoisie ihren Einfluß zu demonstrieren.

ten entbinden. Ja, bei den Rütgers-Werken in Duisburg-Meiderich wird ein auf diese Weise beurlaubtes Betriebsratsmitglied im Einvernehmen zwischen Betriebsrat und Werksleitung zum Streikleiter bestellt. Alles ist darauf angelegt, den Klassenkampfgedanken bei den Arbeitern gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Fortsetzung Seite 2

sie sind bürgerliche Politiker in der Maske von Kommunisten. Vergessen wir nicht, daß ihre Partei, die revisionistische DKP, ihre Existenz einer Absprache mit der Bourgeoisie verdankt und daß diese Bourgeoisie in Flensburg nur bestätigt hat: Wir halten weiter fest an der Absprache.

gung der Macht der Monopole« usw. erzeugt), lenkt sie diese Arbeiter vom revolutionären Kampf gegen den Klassenfeind ab in ein Geplänkel um Reformen.

Das heißt aber nicht, daß die

Fortsetzung Seite 6

Mittel zur Lähmung der Kampfkraft

Das wichtigste Mittel besteht darin, die Arbeiter und Angestellten möglichst lange über die wirkliche Rolle, die der Gewerkschaftsapparat spielt, im Unklaren zu halten. Um als kampfentschlossene Arbeiterorganisation zu erscheinen, baut die IG Chemie Scheinwidersprüche zu den Chemie-Bossen auf. Hauenschild und Co. tun so, als hätten sie eine Geheimstrategie, um die »Gegenseite« allmählich zu zermürben. Danach sollen verschiedene Betriebe »kurzfristig oder auf Dauer« ohne vorherige Ankündigung bestreikt werden. Absichtlich wird das Wort »Warnstreik« vermieden, da es seit dem Herbst 1970 bei vielen Arbeitern den faden Beigeschmack von Abwiegelung, dem tatsächlichen strategischen Ziel, bekommen hat. Durch Geheimniskrämerei, die man zu »rollenden Verfahren und Punktstreiks« hochjubelt, gibt man vor, den Konzernherren das Zittern beizubringen: »Die Arbeitgeber sollen nicht wissen, wer dran ist« (Hauenschild).

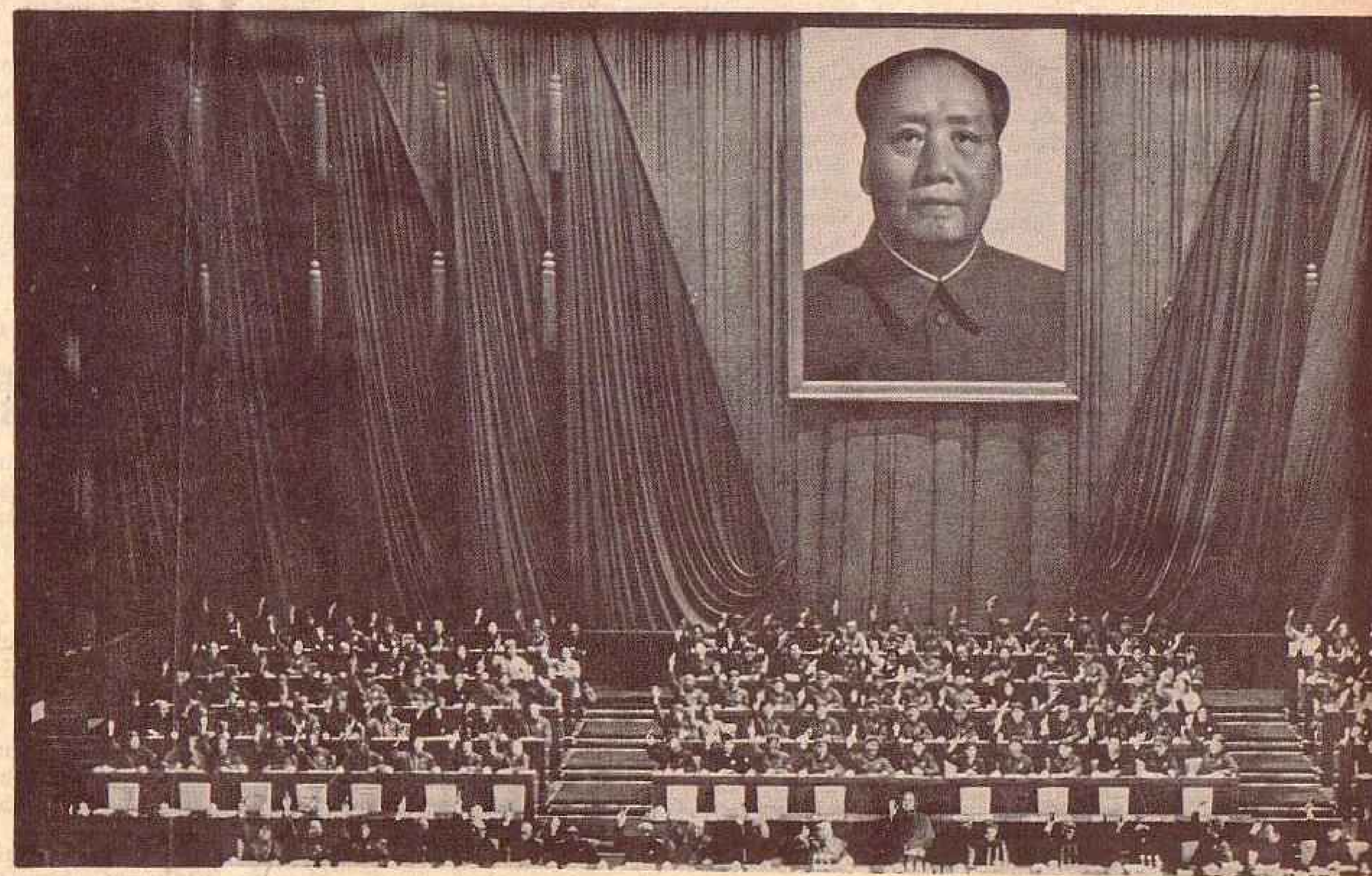
In Wirklichkeit geht es darum, daß die Arbeiter stillhalten und auf den Taktstock der Bonzen warten. In Wirklichkeit sollen nicht die Chemie-Bosse zum Nachgeben gezwungen werden, die ja seit Herbst 1970 einen detaillierten Plan zur gegenseitigen Unterstützung bei Arbeitskämpfen ausgearbeitet haben, gegen den eine solche Nadelstich-Politik wirkungslos bleibt. In Wirklichkeit dient dieser »Einsatzplan« dazu, eine geschlossene Kampffront der Chemie-Arbeiter zu hintertreiben. Das wird besonders deutlich an der Haltung der IG Chemie zur Forderung der Arbeiter nach Urabstimmung.

Die IG Chemie verkauft ihre ablehnende Haltung dazu den Arbeitern als Kampfposition gegen die Kapitalisten. Sie tut so, als müsse sie ein Recht auf punktuelle Streiks verteidigen. Das soll zugleich die Kollegen dazu verleiten, betriebsnahe Verhandlungen für wichtiger zu halten als gemeinsame Forderungen aufzustellen. Zugleich bestärkt es die Rechtsunsicherheit, da das Arbeitsgericht eine Entscheidung vertagt.

Überhaupt wird die juristische Schmierenkomödie gegenüber der Kampfkraft der Arbeiter hervorge-

ZUM 50. JAHRESTAG DER KPCh

Grußbotschaft der KPD/ML auf Seite 6



Von der Kommunistischen Partei Chinas und ihrem Vorsitzenden, Genossen Mao Tsetung, lernen, heisst siegen lernen.

CHEMIE-KAMPF

Fortsetzung von Seite 1

Polizeigewalt

Zwei weitere Momente sollen die Streikenden demoralisieren. Hier und da werden Streikbrecher mit Polizeigewalt in den Betrieb geleitet. Streikposten werden dabei von der Polizei brutal mißhandelt. So schleppten Kriminalpolizisten vor dem Werktor der Kalle-AG in Wiesbaden einen griechischen Streikposten in die Pförtnerloge und prügelten ihn zusammen. Vor dem Kölner See-Kabelwerk Clouth schlug die Polizei einen Streikposten krankenhausreif, als er versuchte, Streikbrecher am Betreten des Werksgeländes zu hindern. Im gleichen Atemzug damit streut man Lügen über Übergriffe von Arbeitern aus, um die Gewaltmaßnahmen der Polizei zu rechtfertigen, Lügen denen die IG Chemie betont lasch gegenübertritt. Im Kölner Fall mißbillige der Betriebsratsvorsitzende ausdrücklich »Gewaltakte« streikender Arbeiter.

Die von ihr selbst organisierten bzw. angekündigten Streiks benutzt die IG Chemie zugleich zur Erpressung der Kollegen: Sie erhöht die Gewerkschaftsbeiträge und verpflichtet zum Beispiel in Westberlin Gewerkschaftsmitglieder zur Beitragszahlung von 2 Jahren, falls sie Streikunterstützung haben wollen.

Hetze gegen Kommunisten

Um diese Politik gegen eine Entlarvung abzusichern, geht die IG Chemie militant gegen Kommunisten vor oder hetzt die Kollegen gegen »Unruhestifter« auf. »Wenn kommunistische Gruppen sich mausig machen, werden unsere Gruppen handfest« (Manfred Menzel, Sprecher des IG-Chemie-Bundesvorstandes). Die Angst der Bourgeoisie vor einer Entlarvung der Streikbrecher-Zentrale DGB vor den Arbeitern kommt zum Ausdruck im folgenden Zitat der »Frankfurter Allgemeinen« (21.6.).

»Vor allem in Hessen besteht die Gefahr, daß antidemokratische Zirkel sich des Streiks als eines nach denkbare vernünftige Regelung immer mehr verbauen. Den Schaden hätte bei einer solchen Entwicklung nicht nur die chemische Industrie und ihre Arbeitnehmer, sondern die Stabilitätspolitik der Regierung, das Ansehen der Gewerkschaft, kurzum, die Demokratie«.

Um die Kampfkraft der Metallarbeiter im Herbst zu brechen, wird die Bourgeoisie sich allerdings noch andere Mittel überlegen müssen. Ins Auge gefaßt sind die Ausschaltung der Marxisten-Leninisten durch Bildung von Schlägergarden und ähnliche probate Mittel. In einer SPD-Betriebsgruppenversammlung bekannte ein Bonze, man solle sich

Das Gejammer der Chemieherren über die »Lohnexplosion« als Ursache des »Gewinnverfalls« ist übelste Demagogie, die sich selbst entlarvt. Zum Beispiel an der Rechnung, die Hoechst-Boß Sammet seinen Aktionären auftischte. Danach fiel der »Gewinn je Aktie« bei Hoechst von 31,15 DM auf 19,45 DM. Preiserhöhungen machten in dieser Rechnung ein Minus von 9,11 DM aus, Lohnerhöhungen ein Minus von 8,88 DM. Das Kapitalistenblatt »DIE ZEIT« schreibt dazu: »Rechnet man gegen die Personalkostensteigerung jedoch die Verbesserung der betrieblichen Leistung, also Rationalisierungserfolge und Produktivitätsfortschritte (d. h. die intensivere Ausbeutung) von 10,26 DM auf, so zeigt sich, daß dieser Posten vollauf ausgereicht hätte, die Lohnkostenexplosion zu neutralisieren«.

Das Gejammer über die »Lohnexplosion« ist also nur Teil einer Kampagne, die auf Lohnraub hinausläuft. Denn über die Erhöhung der Preise ist bei den Überkapazitäten in absehbarer Zeit nicht mehr Profit herauszuholen. Und Rationalisierungserfolge sind in der chemischen Industrie nur bei größeren Kapazitäten zu erreichen. Das würde also auf einen noch stärkeren Preisverfall hinauslaufen. Bleiben also nur die »Lohnkosten«. Sie zu drücken ist die einzige Chance der Chemieherren, die Profitrate wieder zu erhöhen.

Durch Senken des Reallohnes, durch Lohnraub wälzen die Chemieherren die Kosten ihres imperialistischen Abenteuers auf die Arbeiter ab.

Deshalb: **Kampf dem Lohnraub der chemie-Kapitalisten**

Die allgemeine Krise der westdeutschen Wirtschaft entwickelt sich in der Form: Abnahme des Produktivitätszuwachses bei gleichzeitiger Inflation. Das heißt für uns Arbeiter: Kurzarbeit, Abbau von Überstunden und gleichzeitig Erhöhung der Preise (zum Beispiel bei Brot, Milch, Butter, Strom, Kfz-Versicherung, Nahverkehr ...).

In dieser Phase versucht die SPD-Regierung mit verschiedenen »Stabilitäts-Manövern« die Krise »in den Griff« zu bekommen. Die allgemeine Richtung faßte Helmut Schmid in dem Tagesbefehl zusammen. **»Die Regierung muß dem Volk das sagen: härter arbeiten, mehr arbeiten, mehr Steuern zahlen!«**

Dieser Angriff auf das Volk wird jetzt planmäßig vorgetragen:

—die Stabilitätspolitik zielt auf eine »Entspannung am Arbeitsmarkt«. Mit dem Baustop durch Leber und der dadurch drohenden Entlassung von 20000 Bauarbeitern geht die Regierung beispielhaft voran.

—die Steuerreform zielt auf eine zusätzliche Schröpfung der Arbeiter und Angestellten. Der «Konjunkturzuschlag« auf die Lohnsteuer reicht nicht mehr aus. (siehe Roter Morgen Maiausgabe)

—mit den «Lohnleitlinien« von 7 — 8 Prozent stellt Schiller ein Lohnstop-Diktat für alle Arbeiter auf, das bei einer Inflationsrate von jetzt fast sieben Prozent darauf hinausläuft, daß allein der Wertverlust des Geldes ausgeglichen wird.

Es ist klar, wer ein Interesse an diesem Angriff auf das Volk hat.

Das Stabilitätsprogramm mit dem Lohnstopdiktat als zentrale Stütze erfolgt im Auftrag der Kapitalisten.

Darüber kann auch der Unterschied zwischen dem Prozent-Angebot der Chemie-Kapitalisten und den »Lohnleitlinien« dem noch die Steuerprogression bei steigenden Löhnen und die höheren Sozialabgaben ins Gewicht fallen, bleibt von

Die Forderung nach Mitbestimmung in der chemischen Industrie verknüpfte IG-Chemie-Boss Hauenschild in dem erwähnten »Wirtschaftswoche«-Interview zugleich mit einem weiteren Angebot an die Adresse der Kapitalisten: »Wenn man die Rolle der Gewerkschaften von 45 bis heute und in ihrer früheren Geschichte betrachtet, dann darf man wohl ohne unbescheiden zu sein, für die Gewerkschaften in Anspruch nehmen, daß sie ein demokratischer Stabilisierungsfaktor gewesen sind... Vielleicht sind uns die Unternehmer noch einmal dankbar, wenn wir behilflich sind, mit bestimmten Radikalitäten von Links und Rechts in den Betrieben fertig zu werden«.

Und IG-Chemie-Sprecher Manfred Menzel sagte in der »Welt am Sonntag«, wie das gemacht wird: »Wenn sich kommunistische Gruppen mausig machen, werden unsere Leute handfest«.

Dieses schmierige Angebot an die Kapitalisten, für sie Hilfspolizei zu spielen, richtet sich nicht allein gegen die Kommunisten, es richtet sich gegen alle Arbeiter, die wie wir, den Kampf aufgenommen haben gegen den Lohnraub der Kapitalisten und das Lohndiktat der SPD-Regierung. Das Angebot richtet sich gegen das Interesse der Arbeiterklasse.

Deshalb: **Kampf dem Verrat der IG-Chemie-Bonzen an den Interessen der Arbeiterklasse.**

Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten kämpft unter dieser Perspektive an der Seite der streikenden Chemie-Arbeiter.

Zum Beispiel: im Streik bei der Clouth AG, Köln

Etwa 2000 Arbeiter der Clouth-AG und der benachbarten Firma Land- und Seekabel traten ab 4. Juni in den Streik, um dem unverschämten Angebot des Arbeitgeberverbandes die richtige Antwort entgegenzusetzen. Damit hatten fast 90 Prozent der Arbeiter die Arbeit hingeworfen. Die Bosse der Firma Clouth setzten jedoch alle Mittel ein, um diese geschlossene

ihrer Meinung vorrevolutionären Zustandes immer mehr bemächtigen, die Gewerkschaft an die Wand zu drücken suchen und so eine durchaus nicht die Hosen vollmachen vor den nur 500 Maoisten in der Bundesrepublik. Soviele Leute hätte man doch in einer einzigen Betriebsgruppe.

KAMPF DEM LOHNPREIS-DIKTAT

Die sich ausbreitende Krise sollen die Arbeiter ausbaden. Darin sind sich die Herren der Industrie und ihre Handlanger in der Regierung einig. Der Angriff auf die materiellen Interessen der Arbeiterklasse wird dabei in vielfältigen Formen ausgetragen.

Zum Beispiel: in der Chemie-Tarifrunde

Keine Branche ist derart konzentriert wie die chemische Industrie. Bayer, BASF und Hoechst beherrschen etwa die Hälfte des chemischen Umsatzes. Alle drei Konzerne liegen unter den ersten 10 der »Chemie-Weltrangliste«.

Diese Machtkonzentration wurde in den letzten fünf Jahren planmäßig ausgebaut. So kaufte BASF fast die ganze Lackindustrie auf, Hoechst schluckte zahlreiche Arzneimittelfirmen und Bayer stieg unter anderem bei Chemisch Hüls ein. Zusätzlich investierten die drei Konzerne Milliarden in Neubauten im Ausland, vor allem an der belgischen Küste und in den USA.

Soweit es möglich war, nutzten die Herren der Großchemie die Konzentration zu Preis-Kartellen, um ihren Profit abzusichern. Das jüngste Beispiel: drei Firmen (BASF, Hoechst und Ruhr-Stickstoff) beherrschen in der Bundesrepublik den Stickstoffdüngemarkt. Im Mai erhöhten die drei Firmen zur gleichen Zeit die Preise um 10 Prozent. Gleichzeitig drohten sie den Händlern mit Strafen, die versuchen, Dünger zu dem niedrigeren Weltmarktpreis zu importieren. Denn im Weltmaßstab herrscht eine Überproduktion an Stickstoffdünger.

Und nicht nur bei Dünger. In den Bereichen Chemiefaser und Kunststoff haben die Konzerne Anlagen aufgebaut, die die Nachfrage bei weitem übersteigen. Zwischen 1960 und 1968 stieg die Kapazität für Chemiefasern in Europa um 542 Prozent, in den USA um 318 Prozent und in Japan um 400. Die Weltmarkt-Konkurrenten erweiterten zur gleichen Zeit ihre Anlagen, um jeder für sich einen möglichst hohen Marktanteil an dem wachsenden Verbrauch zu erkämpfen.

Das Ergebnis dieses Kampfes von etwa 10 Konzernen um zukünftige Marktanteile: Die Priese gingen im letzten Jahr bis zu 40 Prozent zurück. So sank etwa Vestan von 5 Mark je Kilo auf 3 Mark. PVC rutschte unter 100 Mark je Doppelzentner, während es 1955 noch 223 Mark gekostet hatte. Die Anlagen werden nur noch zu 80 Prozent ausgenutzt, in der Faserproduktion nur zu zwei Drittel.

Es ist also der Kampf um die Aufteilung der Weltmärkte, die imperialistische Politik der Chemiekonzerne die zur Überproduktionskrise in dieser Branche führte und damit zur Schwächung der Profitrate.

der SPD-Regierung nicht hinwegtäuschen.

Wenn die SPD-Regierung ihre Rolle als Stütze des Kapitals in der Krise um die Arbeiterklasse zu disziplinieren weiter spielen soll, dann kann sie nicht offen die agressive Lohnraub-Politik der Chemie-Kapitalisten unterstützen, sondern muß eine »Politik des Interessenausgleichs und der gesamtgesellschaftlichen Vernunft« vorspielen.

Der Widerspruch zwischen der Lohnpolitik der Chemie-Kapitalisten und der Lohnpolitik der SPD-Regierung ist allein eine taktische Differenz im Angriffskonzept auf die Arbeiterklasse.

Deshalb: **Kampf dem Lohnstop-Diktat der SPD-Regierung!**

Die IG Chemie ging in die Tarifverhandlungen des Bezirkes Nordrhein mit einer 12-Prozent-Forderung. Die Kapitalisten-Zeitung »DIE ZEIT« schreibt dazu: »Selbst bei 12 Prozent kommt nicht mehr als eine ein- bis zweiprozentige Erhöhung des Realeinkommens heraus, dann nämlich, wenn die Preissteigerungen sich der Sechs-Prozent-Grenze nähern. Da außer- 12 Prozent mehr Lohn nicht allzuviel im Geldbeutel!«

Selbst zu dieser Minimalforderung äußerte IG-Chemie-Boss Hauenschild in dem Kapitalistenblatt »Wirtschaftswoche«: »Gewerkschaftliche Forderungen sind ja keine Lohndiktate, sondern nur die Ausgangsposition von Verhandlungen. Und wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir uns im Laufe des Diskussion auf die aktuelle Situation einstellen würden«.

Die immer noch möglichen Zweifel sind schnell behoben worden. Ohne erkennbare Gegenleistung der Kapitalisten ging die IG Chemie mit ihrer Forderung auf 9 Prozent herunter. Auf die bange Frage, diese Zahl liege immer noch über den Orientierungsdaten der Regierung, antwortete IG-Chemie-Sprecher Manfred Menzel in der ZEIT:

»Die von der IG Chemie in der Bundesschlichtung für Nordrhein beantragten Lohn- und Gehaltserhöhungen hätten eine effektive Auswirkung weit unter dieser Prozentzahl und liefen nicht dem Sinn der Orientierungsdaten zuwider ... Die IG Chemie unterstützt die in der Konzertierten Aktion besprochenen Stabilitätsbemühungen also nicht nur verbal«.

Die IG Chemie setzt in Zusammenarbeit mit der SPD-Regierung das Lohnstop-Diktat gegen die Arbeiterklasse durch!

Die »moderne und zeitgemäße Arbeitskampftaktiv« der IG Chemie, nämlich befristete Kurzstreiks in Mittelbetrieben ohne Urabstimmung, ist dieser Stabilitätspolitik angepaßt.

Die IG-Chemie-Führung lenkt damit die spontane Erregung der Chemie-Arbeiter über den Lohnraub-Angriff der Chemiekonzerne in kontrollierbare Bahnen. Denn die Mehrheit der Arbeiter begriff das 6,5 Prozent-Ergebnis in Rheinland-Pfalz und das 5-Prozent-Angebot in Nordrhein als unerhörte Provokation.

Wesentlich an dieser Kampftaktik ist: sie greift die drei Großkonzerne Bayer, Hoechst und BASF nicht an, die über ihre Stellung im Arbeitgeberverband die Lohnpolitik entscheiden.

Ein Direktor der bestreikten Clouth-Betriebe in Köln meinte dazu: **»Diese Art von Streik können wir zehn Jahre durchhalten und eure Gewerkschaft sicher auch«.**

Das Schattenboxen in den Mittelbetrieben hat nur einen Sinn als Demonstration des Hauptvorstandes der IG Chemie für die Herren der Chemiekonzerne. Die Chemie-Bonzen wollen beweisen, daß sie die Chemiearbeiter »im Griff haben«, daß sie über ihre Mitglieder den Produktionsprozeß stören könnten, wenn sie wollten; die Bosse wollen den Chemieherren, die von Mitbestimmung nicht viel halten, demonstrieren, daß es sich lohnt, mit den Herren zusammenzuarbeiten, die den Deckel auf den dampfenden Topf halten können.

Die spontanen Aktionen der Chemie-Arbeiter werden von den Chemie-Bonzen als Manöver im Kampf um Mitbestimmungsposten eingesetzt.

Streikfront zu zerschlagen.

Terror

Die Kollegen erhielten täglich von der Geschäftsleitung Briefe ins Haus geschickt. Darunter die Abschrift eines Artikels des IG-Chemie-Bosses Kemmler, der das Rheinland-Pfalz-Ergebnis mit kapitalistischen Argumenten verteidigte. Die Frauen der Kollegen wurden mit Telefonanrufen und Entlassungsdrohungen unter Druck gesetzt.

Einkauf von Streikbrechern

Die Streikbrecher erhielten 8 Mark Stundenlohn, zusätzlich freies Mittagessen. Zum Teil wurden normale Arbeitstage mit Feiertagszuschlägen bedacht. Die Angestellten erhielten zu ihrem Gehalt zusätzlich 200 Prozent des Bruttogehaltes steuerfrei.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Anschrift der Redaktion: Redaktion ROTER MORGEN 2 Hamburg 71, Postfach 464
Anschrift des Vertriebs: Verlag Detlef Schneider, 2 Hamburg 19 Postfach 7654
Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust
Verlag: Detlef Schneider

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 0,50 DM Abonnementspreis für 24 Ausgaben: 11.- DM (einschließlich Porto).

Was kostet ein Arbeiterver(t)räter

bei Schwarzkopf



In Hamburg begannen die Tarifauseinandersetzungen im Chemiebereich mit einem »Gag« besonderer Art. Der Geschäftsführer der Firma Schwarzkopf, Dr. Ballhaus, 1. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Hamburg, Verhandlungsbruder der IG Chemie bei den Tarifverhandlungen, zeigt sich generös. Die Firma, die nach außen mit taft, frottee, Seborin, Gliss und Golf-Produkten firmiert, verdient intern an der Herstellung von Tränengas in Sprühdosen für die Bundeswehr in ihrem Zweigwerk Wassertrüdingen (Bayern) immerhin soviel, daß sich Schwarzkopf-Boss Kurt Schwarzkopf so nebenbei einen Atombunker von 200000 Mark erstellen ließ.

Ballhaus also zitierte einen Mann namens Creter, Lagerleiter und Betriebsratsmitglied der Firma in sein Büro und eröffnete ihm eine außerplanmäßige Gehaltserhöhung von monatlich 200,— Mark. Warum? Creter war nicht nur Betriebsratsmitglied, sondern gleichzeitig Mitglied der sogenannten Großen Tarifkommission der IG Chemie. Ballhaus begründete

Täuschungsmanöver

Die Geschäftsleitung ließ die Streikbrecher mehrmals durch verschiedene Tore gehen, um optisch die Zahl der Streikbrecher zu erhöhen. Der Firmenchef der zur gleichen Zeit bestreikten Firma Böttcher schlich im karierten Hemd als Arbeiter verkleidet um das Clouth-Werk herum und verbreitete, daß die Arbeiter seines Werkes den Streik abgebrochen hätten. Natürlich eine Lüge.

Propaganda

Fast täglich ließ die Geschäftsleitung der Firma Clouth in den Kölner Zeitungen

dieses »Geschenk« mit der Bemerkung: **»Sie sollen mehr Abstand in den Tarifverhandlungen gewinnen und nicht um jedes halbe Prozent mit uns feilschen«.**

Die KPD/ML deckte in einem Flugblatt »Was kostet ein Arbeiterver(t)räter« diesen Schwindel auf und nannte das Kind beim Namen: Bestechung eines Mitglieds der Großen Tarifkommission der IG Chemie, die daraufhin in helle Aufregung geriet und den Creter mit sanftem Druck zur Niederlegung seiner Funktion als Mitglied der Großen Tarifkommission bewegte. Damit war für sie die peinliche Angelegenheit vorerst gestorben.

Gestorben war sie jedoch nicht für die 1. Betriebsratsvorsitzende und 1. Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Firma Schwarzkopf, die vor der Tatsache stand, daß ein Mitglied des Betriebsrates bestechlich war und damit nicht mehr die Interessen der Arbeiter und Angestellten der Firma vertreten konnte. Sie und andere Betriebsratsmitglieder bemühten sich, Creter zum Rücktritt zu bewegen. Die Geschäfts-

Die Angestellten und Arbeiter der Firma, die inzwischen vom Rücktritt ihrer Betriebsratsvorsitzenden gehört hatten, sprachen ihr persönlich in überwältigender Mehrheit das Vertrauen aus und begannen spontan mit einer Unterschriftensammlung für die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung, in der sie Aufklärung über die Vorgänge im Betriebsrat forderten. **Nachdem bereits 278 Unterschriften gesammelt waren, reagierte die Geschäftsleitung mit massiven Drohungen gegen den Initiator der Unterschriftensammlung und holte den Verfassungsschutz in den Betrieb. Bereits am 14. und 15. Juli 1968 hatte die Firmenleitung ähnlich gehandelt, als sie ihr Betriebsgelände als Aufmarschbasis für Überfallwagen der Polizei im Zuge der Bekämpfung von Studentendemonstrationen zur Verfügung stellte.**

Da es der Kollegin Betriebsratsvorsitzenden verwehrt wurde, in einer Betriebsversammlung zu den Vorfällen im Betriebsrat und ihrem Rücktritt vor den Kolleginnen und Kollegen Stellung zu nehmen, wandte sie sich in einer schriftlichen Erklärung an die Kollegen, die sie vor dem Betrieb verteilen ließ. In dieser Erklärung heißt es u. a.:

»Die Mehrheit des Betriebsrates stellte sich eindeutig hinter Creter und billigte dessen Verhalten, die Mehrheit des Betriebsrates sprach dem BR-Mitglied »das volle Vertrauen« aus. Ich vertrete in dieser Sache einen anderen, den korrekten Standpunkt: Ob 10,— Mark, ob 20,— Mark, ob 50,— Mark oder 200,— Mark — wenn der Vorsitzende des Arbeitgeberverban-

weise der Herren Creter und Ballhaus verschleiern, durch Mehrheitsbeschlüsse des Betriebsrates wollte man mich zwingen, der Belegschaft die wahren Fakten zu verschweigen.

Nachdem Herr Creter von sich aus nicht bereit ist, als Betriebsratsmitglied zurückzutreten, hätte der Betriebsrat den Betriebsangehörigen die Möglichkeit geben müssen, selbst die Entscheidung zu treffen. Das heißt: der Betriebsrat hätte die Konsequenz ziehen und zurücktreten müssen. Die Belegschaft hätte dann ihren Betriebsrat neu gewählt. Dieser Vorschlag ist von der Mehrheit der BR-Mitglieder abgelehnt worden.

Da es mir unmöglich gemacht wird, im Interesse der Belegschaft der HANS SCHWARZKOPF GMBH zu handeln, lege ich hiermit meine Ämter Hamburg und als erster Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der HANS SCHWARZKOPF GMBH Hamburg, Berlin, Wassertrüdingen nieder.«

Wie aber reagiert die IG Chemie, deren Mitglied die Kollegin ist und in deren Interesse sie während ihrer ganzen Amtszeit gehandelt hat? **Anstatt die korrekte Handlungsweise der Kollegin zu unterstützen, stellte sie sich hinter den Arbeiterverräter Creter. In einem von der Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg herausgegebenem Flugblatt hieß es:**

»Darüber hinaus hat sich der neue Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Hamburgs, Herr Dr. Ballhaus, noch etwas ganz besonderes einfallen lassen. Mit einer Gehaltserhöhung von lächerlichen 200,— DM versuchte er, das Tarifkommissionsmitglied der Arbeitnehmerseite, Horst Creter, zu einem arbeitgeberfeindlichen Verhalten zu bewegen.

Dieser Versuch ist sehr zur Enttäuschung von Dr. Ballhaus gescheitert!

wäre nie und nimmer als Mitglied der Großen Tarifkommission zurückgetreten, wenn ihn die KPD/ML durch ihre Veröffentlichung nicht dazu gezwungen hätte. Und wieviele Creter gibt es noch in der Großen Tarifkommission? Das einzige, was die Herren der IG Chemie-Bürokratie ehrlich empört, ist die »lächerliche« Summe von »200 Mark«, mit der man ihren Creter bestach. Lächerlich? Natürlich, für die IG-Chemie-Sekretäre mit ihren 2000, 3000 oder 4000-DM-Gehältern sind 200 Mark lächerlich. Bei ihnen müssen die Kapitalisten schon einige tausend Emmchen mehr, für Aufsichtsratsposten, z. B. ausspucken. Von ihnen, die selber vielleicht nicht subjektiv, jedenfalls aber objektiv die Interessen der Arbeiter und Angestellten verraten, ist natürlich auch nicht zu erwarten, daß sie Lohnkämpfe korrekt im Interesse der Arbeiterklasse führen.

»11,9 — 11,9 — 11,9«, riefen die von ihnen mobilisierten türkischen Arbeiter und ihre deutschen Kollegen, die von der Norddeutschen Affinerie auf der Veddel in Hamburg zum DGB-Haus zur Kundgebung zogen. 11,9%, die Tarifforderung der IG Chemie Nordmark. Und während IG-Chemie-Bezirksleiter Edgar Engelmohr von dem »Blumenstrauß von Kampfmaßnahmen« sprach, mit dem man die Unternehmer unter Druck setzen wolle — verlängertes Zur-Toilettegehen usw. — wußte er schon, daß am nächsten Tag die Adretta-Werke in Altona mit 9% abschliessen würden. 9%, nicht einmal die Hälfte der »lächerlichen« Summe von »200,— DM«. 9% - 1% über Schillers Lohnleitlinien. Diesen Blumenstrauß können sich die IG Chemie-Bürokraten getrost an den Hut stecken.

Aus dem Fall der Betriebsratsvorsitzenden der Firma Schwarzkopf aber können wir lernen, daß der beste, ehrlichste Wille eines BR-Kollegen, die Interessen seiner Kollegen im Kampf gegen den Unternehmer zu vertreten, wenig nützt. Nicht allein, daß seine tigkeit in diesem Sinne durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz auf ein Minimum eingeschränkt ist. Selbst wenn er dieses Minimum in Anspruch nimmt und für die Kolleginnen und Kollegen versucht rauszuholen, was rauszuholen ist oder gerade dann, wird er früher oder später in Konflikt mit den Bossen geraten. Es bleibt ihm in der Endkonsequenz nichts anderes übrig, als sich anzu-

halbseitige Anzeigen drucken, in denen sie den Streik als ungesetzlich verleumdete.

Bestechung von Streikposten

Der Prokurist der Firma Clouth, Dr. Graf (»Schmier-Geld-Graf) versuchte drei griechische Streikposten zu bestechen. Er bot ihnen 2000 Mark an, wenn sie Streikbrecher einschleusen würden. Die griechischen Kollegen gingen scheinbar auf die Sache ein und nahmen unter Zeugen 500,— Mark als »Abschlagszahlung« entgegen. Schmiergeld-Graf versprach den Kollegen obendrein noch 1000,— Mark für jeden Tag, an dem 100 Streikbrecher das Werk betreten.

Rücktritt zu bewegen. Die Geschäftsleitung reagierte, indem sie weitere Betriebsratsmitglieder unter Druck setzte und über Creter das Gerücht verbreiten ließ, die Kollegin Betriebsratsvorsitzende habe die Informationen der KPD/ML zugespielt. Da die Kollegin infolge der Beeinflussung von Mitgliedern des Betriebsrates durch die Geschäftsleitung keine Mehrheit für einen Mißtrauensantrag gegen Creter finden konnte, legte sie alle ihre Ämter nieder und wandte sich an die Geschäftsleitung mit der Forderung, den Grund für ihren Rücktritt den Kolleginnen und Kollegen des Betriebes in einem Aushang am Schwarzen Brett mitteilen zu können. Dies wurde ihr verboten.



Polizeieinsatz

Die Kollegen setzten diesem Terror der Geschäftsleitung einen immer entschiedeneren Willen entgegen, keinen Streikbrecher mehr ins Werk zu lassen. Am Montag den 21. standen sie zu Hunderten vor den Werkstoren.

Als die Betriebsleitung merkte, daß sie dem Widerstand der Streikenden nicht gewachsen war, forderte sie Polizei an. Zunächst schleuste die Polizeit zwei Schübe von Streikbrechern durch die Streikenden. Später, als sie noch durch eine Hundertschaft verstärkt worden war, ging sie brutal gegen die streikenden Kollegen vor, die sich zum Sitzstreik niedergelassen hatten. Mehrere Kollegen wurden unter Fußtritten und Faustschlägen weggeschafft. Ein Kollege mußte ins Krankenhaus transportiert werden. 4 Streikposten wurden vorläufig festgenommen, darunter ein Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie. Die Polizisten hatten sich vergriffen und ließen darauf alle wieder frei.

Am nächsten Tag war die von den Kapitalisten gewünschte Ruhe wieder da: die Streikleitung hatte sich mit der Polizei geeinigt, daß Streikbrecher durchgelassen würden. Einen Tag später schloß die Geschäftsleitung die Tore. Die Begründung: sie könne den »arbeitswilligen« Kollegen nicht den »seelischen und körperlichen Druck« zumuten. Der wahre Grund: die Firma hatte nicht mehr ausreichend Gummi, um die Produktion fortzusetzen.

Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes (der einzig und allein die Interessen der Unternehmer vertritt) einem Mitglied der Tarifkommission der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik (das einzig und allein die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten sollte) in einer Tarifverhandlungs-Situation Geld anbietet mit dem Hinweis »Damit Sie mit einem kühlen Kopf in die Verhandlung gehen und nicht jedes 1/2 Prozent in Ihr eigenes Portemonnaie umrechnen müssen« — und wenn dieses Tarifkommissionsmitglied **dieses Geld auch noch annimmt,** so hat es damit das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten schamlos mißbraucht.

Eine solche Person gehört nicht in den Betriebsrat, denn ein Betriebsrat muß sauber und unbestechlich bleiben. Und wenn der Betriebsrat mit Mehrheit dem Verhalten Creters zustimmt, so ist abzusehen, daß der BR auch andere wichtige Probleme oberflächlich, zugunsten des Unternehmers, behandeln wird. Dies zeigt sich bereits bei den Problemen um den Apparatebau. Einmal hat hier der Betriebsrat einem »Sozialplan« zugestimmt, der in keiner Weise den entlassenen Arbeitern die ihnen zustehende Abfindungssumme garantiert, zum anderen hat der Betriebsrat (nach einer Besprechung mit der Geschäftsführung!!!) den vorher beschlossenen Einspruch gegen die ausgesprochenen Kündigungen im Apparatebau wieder zurückgenommen.

Derartige falsche Beschlüsse, wenn sie mit Mehrheit gefaßt werden, hätte ich als 1. Vorsitzende des Betriebsrates durchführen müssen, und ich hätte damit eindeutig gegen die Interessen der Kollegen gehandelt. Das ist für mich eine Gewissensfrage. Die Belegschaft hat den Betriebsrat gewählt und diesen Kollegen das vollste Vertrauen gegeben, daß ihre Interessen durch sie am besten vertreten werden. Dieses Vertrauen sollte für jedes Betriebsratsmitglied die größte Verantwortung sein. In diesem Sinne habe ich die Aufgabe als 1. Vorsitzende gesehen und versucht, während meiner Amtszeit auch immer so zu handeln. In diesem Sinne fühlte ich mich auch verpflichtet, die Angelegenheit Ballhaus/Creter zu klären. Aber meine Bemühungen wurden unmöglich gemacht: Durch Verbreitung von Unwahrheiten will man die Handlungs-

tert.

Wie hoch schätzt eigentlich ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes das Bewußtsein der Arbeitnehmervertreter ein?

Um auch nicht den geringsten Zweifel an der Unbestechlichkeit der Tarifkommission der Arbeitnehmer aufkommen zu lassen, hat das Kommissionsmitglied, Horst Creter, sein Mandat niedergelegt.«

Damit aber stellte man die Dinge direkt auf den Kopf. Die »Unbestechlichkeit« des Herrn Creter bestand darin, daß er im vollen Bewußtsein, weswegen man sie ihm gab, die 200,— Mark monatlich in die Tasche steckte. Eine schöne Unbestechlichkeit! Creter

nichts anderes übrig, als sich anzupassen und damit korrumpieren zu lassen oder eine fristlose Entlassung in Kauf zu nehmen oder zurückzutreten, um die Arbeiter nicht zu betrügen.

Sollen deshalb aber Genossen unserer Partei, wenn Kollegen sie vorschlagen, auf die Wahl zum Betriebsrat verzichten? Nein. Jedoch als Marxist-Leninist Betriebsrat zu werden, bedeutet in erster Linie auf Konflikt hinzuarbeiten. Nur das kann der Zweck dieser Arbeit sein. Darüberhinaus kann man natürlich die Betriebsratswahl, ebenso wie die Wahlen zum Bundestag usw. dazu benutzen, um die Linie der Partei in die Massen zu tragen.

Streiks bei Sachtleben und der Pigment - Chemie

Am Freitag, den 4. Juni versammelten sich ca. 300 Arbeiter der Sachtleben AG in Homberg und der Pigment Chemie in der Waschkaue. Das was eine Antwort der Arbeiter auf das unverschämte Angebot des Chemiekapitals von 6,5%. Von 12 bis 13 Uhr blieben die Arbeiter in der Waschkaue sitzen. Vom Betriebsrat von Sachtleben ließ sich während des Streiks niemand sehen. Man war zu verschiedenen Festlichkeiten (Geburtstag u. Silberhochzeit) unterwegs, obwohl durch einen Anruf im Betriebsratsbüro um 10.30 die Möglichkeit eines Streikes angekündigt worden war. Erst danach machten sich der BR-Vorsitzende F. Bongartz und sein Stellvertreter H. Stinen auf die Socken, um sich Kuchen und andere Leckereien in ihre Bäuche zu schlagen. Ihnen schien es wichtiger zu sein, schöne Worte und volle Gläser zu schwingen als sich um die streikenden Kollegen zu kümmern.

Schon am Vortage war es zu einem Sitzstreik gekommen. Bonze Heinz Hellgrewe, Geschäftsführer der IG Chemie in Krefeld, sagte dazu wörtlich: »Wir können den Unmut der Arbeitnehmer durchaus verstehen«. Es ist ja auch ein schönes Gefühl, wenn wir Arbeiter wissen, daß »unsere« IG Chemie Verständnis für unsere berechtigten Forderungen und für unsere Kampfmaßnahmen aufbringt.

Am 14. Juni schmissen die Kollegen der Pigment Chemie die Brocken wieder hin. Von 9 bis um 6 am anderen Tag stand die Produktion still. Ihre Forderungen lauteten: 12% Lohnerhöhung ab 1. April und 13. Monatslohn. Auch die Kollegen bei Sachtleben wollten streiken. Von 10 bis 12.30 saßen etwa 300 Arbeiter in der Waschkaue. Herbert Pilger, Vorstandsmitglied der IG Chemie und »Vertreter der Belegschaft« im Aufsichtsrat der Metallgesellschaft schwätzte ein wenig auf die Kollegen ein und sorgte dafür, daß folgende 3 Telegramme abgeschickt wurden: 1.) Telegramm an den Vorstand der Sachtleben AG mit der Bitte um Verständnis für die Situation der »Arbeitnehmer« und um Unterstützung beim »Arbeitgeberverband«. 2.) Telegramm mit gleichlautender **Bitte** an die Metallgesellschaft in Ffm. 3.) Telegramm zur Hessen-Schlichtung nach Wiesbaden mit der Forderung sich nicht dem Lohndiktat der »Arbeitgeber« zu beugen. Der Antrag, das Wort »Bitte« in den Telegrammen an die Vorstände durch das Wort »Forderung« zu ersetzen, wurde durch Schwätzer Pilger zerredet. Die Arbeiter hörten dem Geschwätz nach einiger Zeit gar nicht mehr zu. Dann forderte SPD-Betriebsrat Werner Kenn die Kollegen auf, wieder an die Arbeit zu gehen, da sie kein Streikgeld bekommen würden. (!)

16. Juni: Von der Pigment Chemie fährt fast die gesamte Belegschaft zur Gewekschaftsveranstaltung nach Köln. Nur ein Notdienst für die Wartung der Maschinen bleibt zurück. Bei Sachtleben läuft die Produktion allerdings weiter. Betriebsrat Werner Kenn: »Nur wer abkömmlich ist, fährt mit nach Köln.«

Von diesem Tag an steht die Produktion bei der Pigment Chemie still. Vor dem Werkstor stehen Streikposten. Auf Plakaten stehend die Forderungen der Chemiearbeiter: 12% Lohnerhöhung, 13. Monatslohn. Direktor Siewert, der Mann, der für die Entlassungen und die Briefe verantwortlich ist (siehe Roter Morgen, Juni 71) versuchte durch einen faulen Trick, die Arbeiter wieder zum Malochen zu kriegen. Er erzählte ihnen, daß man sich in Hessen geeinigt hätte, und daß sie ruhig ihre Arbeit wieder aufnehmen könnten, da jetzt auch schnell ein positiver Abschlüß für die Arbeiter in Nordrhein erzeilt wird. Die Kollegen ließen sich aber nicht verwirren.

Bei Sachtleben hat nur am Freitag für einige Stunden ein Streik stattgefunden. Hier hat der Betriebsrat es verstanden, die Arbeiter auf die nächste Woche zu vertrösten. Schwätzer Pilger (SPD-Ratsmitglied in Homberg) setzte folgenden Vorschlag durch: Am Montag organisieren die Vertrauensleute, daß am Dienstag die Belegschaft eine Verhandlungskommission wählen kann, die mit der Werksleitung über einen Haustarif verhandeln soll. Das Ziel einer solchen Taktik kann doch nur sein, die Arbeiter von einem solidarischen Kampf für ihre Forderungen abzuhalten. Die KPD/ML unterstützte die Arbeiter der Pigment Chemie mit einem Flugblatt, das bei Sachtleben vor den Toren und im Betrieb selber verteilt wurde. Die Arbeiter wurden aufgefordert, gemeinsam mit den Kollegen der Pigment Chemie zu streiken. Gleichzeitig wurde das arbeiterfeindliche Zusammenspiel des Dreibunds und die Verrätereien des Betriebsrats bei Sachtleben entlarvt. Das Flugblatt wurde sehr positiv aufgenommen. Einige Genossen diskutierten mit den Kollegen im Streiklokal und ließen den letzten RM mit dem Sachtleben-Artikel herumgehen.

Arbeiterkorrespondenz

Im Namen meiner Kolleginnen, Sie gefallen mir. Bitte veröffentlichen Sie doch einmal: Warum bekommen die Männer in der OSRAM in Augsburg, Verliner Str. die Brotzeit von einer halben Stunde bezahlt? Die Frauen dagegen arbeiten bestimmt das Doppelte als die Herren Einsteller und bekommen nicht die halbe Stunde Brotzeit bezahlt, sondern die Zeit wird abgezogen. Es trifft hauptsächlich in der Abteilung Kleinkolben zu. Der Meister ist Herr Woljko. Ihr Blatt hat eingeschlagen wie eine Bombe. Bitte noch mehr davon. Es soll zwischen Mann und

Werkberufsschule bei Schering

Die Konzernherren der Westberliner Schwering AG planen wieder einmal eine Neuerung. Die Chemiebosse von Schering wollen, gleich den Großen der Branche, Bayer, Basf und Höchst, eine werkseigene Berufsschule einführen. Sie unterstützen scheinheilig unsere Proteste an dem völlig unzureichenden Unterricht der Berufsschüle. In ihrer Verlogenheit unternehmen sie aber nichts, um die haarsträubenden Mißstände zu beseitigen. Für die Chemiebosse dienen diese Mißstände ist; die ganz auf die Bedürfnisse von Schering zugeschnitten ist.

An solch einer Neuerung ist keiner von uns Lehrlingen interessiert. Als der Kapitalistenknecht Bordemann, Ausbildungsleiter bei Schering, auf einer Jugendversammlung dieses Thema ansprach, stieß er sofort auf Ablehnung. Von den ca. 80 versammelten Lehrlingen sprachen sich lediglich 4 für eine werkseigene Be- in 4 Stufen vor. Jede Stufe dauert 1 Jahr. Der Übergang zur nächsten Stufe entscheidet sich an einer Prüfung. Durch diese Prüfung sind die Kapitalisten dann in der Lage, genau zu steuern, wieviel Hilfsarbeiter, wieviel angelernte Arbeiter, wieviel Facharbeiter und wieviel Techniker aus der Ausbildung hervorgehen. Da die Kapitalisten nur wenige wirklich qualifizierte Facharbeiter und Tech- die Parole »Nieder mit dem Berufsbildungsgesetz — Nieder mit dem Stufenplan« auf.

So ist es klar, daß die Rote Garde-Zelle Schering sofort eindeutig gegen den Plan eines Stufenplan auftrat. Die RG-Zelle Schering verfaßte ein Flugblatt, in dem der Plan der Werksberufsschule und decStufenplan entlarvt wurden. Die einzelnen Mitglieder der Zelle traten auf Lehrlings-

Frau keine Unterschiede geben. Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.
Eine OSRAM-Arbeiterin

Chemiebosse dienen diese Mißstände nur als Grund für ihre werkseigene Berufsschule. Daran, daß sich etwas zu unseren Gunsten ändert, wenn die Berufsschule erstmal in der Hand der Schering-Kapitalisten ist, glaubt kein Lehrling.

Das Gegenteil wird der Fall sein. Wir werden immer fester an die Firma gekettet. Die Firma kann uns dann auch noch durch die Berufsschule disziplinieren. Die werkseigene Berufsschule wird uns eine Ausbildung bescheren, die bei einer anderen Firma keinen roten Heller wert

diglich 4 für eine werkseigene Berufsschule aus. Der Rest lehnte sie ab.

Für die Konzernbosse ist die werkseigene Berufsschule nur ein Punkt auf einer Linie. Ihr Ziel ist die Einführung des Stufenplanes, eines Planes zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Lehrlinge. Dieser Plan wurde vor Jahren von den Schergen des Konzernherren Krupp ausgeheckt und wurde von den Sozialdemokraten als Berufsbildungsgesetz durchs Parlament gepeitscht. Dieser Plan sieht eine Trennung des Ausbildungsweges

qualifizierte Facharbeiter und Techniker, aber sehr viele Hilfsarbeiter und angelernte brauchen, soll jeder versuchen, auf Kosten des anderen eine Stufe höher zu kommen. Die Folge davon wird eine starke Konkurrenz unter den Lehrlingen sein. Wird ein Lehrling aufmüpfig, so fliegt er einfach durch die Prüfung. Hat der Krupp'sche Stufenplan erst einmal richtig Fuß gefaßt, so wird er nicht nur die Reihen der Lehrlinge spalten, sondern die gesamte Arbeiterklasse.

Die Rote Garde stellte bereits 1969

der der Zelle traten auf Lehrlingsversammlungen auf und diskutierten mit ihren Kollegen. Der Mißerfolg, den der Kapitalistenknecht Bordemann auf der Jugendversammlung einstecken mußte, beruhte zum ziemlichen Teil auf dem erfolgreichen Auftreten von Rotgardisten.

Es wird den Schering-Herren nicht mehr gelingen, die Werkberufsschule kampflos einzuführen. Die Rote Garde-Zelle wird zusammen mit anderen fortschrittlichen Kräften diese Kämpfe der Lehrlinge anführen.

Rotgardist / Schering

Kemptener Maschinenfabrik

Die KMF beschäftigt viele türkische Arbeiter. 80 davon sind in einer firmeneigenen Baracke untergebracht. In kleinen Zimmern sind jeweils 4 — 6 Personen untergebracht. Insgesamt sind nur 2 Toiletten (für 80 Arbeiter), 1 Küche und 1 Brause vorhanden. Die Türken sind der Profitgier der Firmenbosse schutzlos ausgeliefert; Sie gehören fast ausnahmslos zu den untersten Lohngruppen; Gleichzeitig klaut ihnen die Firma von ihrem kläglichen Lohn einen beachtlichen Teil für die Miete: Jeder der Türken, die die Baracke bewohnen zahlt 40,— Mark Miete, 10,— DM zusätzlich für Reinigung der Bettwäsche, d. h. die Firma kassiert allein 800,— DM für die Reinigung der Bettwäsche, die ein paar Stunden in Anspruch nimmt, die Unkosten der Firma für Waschpulver fallen gar nicht ins Gewicht! Jeden 2. Monat muß jeder 26,— DM für Strom und Wasser zahlen. Einige gingen der Sache nach und erfuhren, daß die Kosten für Wasser und Strom insgesamt für 2 Monate keine 100,— DM ausmachen. Die Türken müssen dafür zusammen über 2000,— DM bezahlen. Ein schöner zusätzlicher Profit für die Fabrikherren!

Einige der türkischen Arbeiter wandten sich an den Kemptener obersten IG-Metall-Bonzen Knödelseder. Und wieder zeigte sich, auf welcher Seite die hohen Gewerkschaftsfunktionäre stehen. Einzige Reaktion der Gewerkschaft: »Bedauerlich, aber das ist Privatsache der Firma und geht uns nichts an!«

Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage (Teil 1)

Neben dem Klassengegner, der Monopolbourgeoisie, ihren Staatsorganen und ihrer Presse, starten die Revisionisten aller Schattierungen gerade in letzter Zeit konzentrierte Angriffe gegen die KPD/ML. Der Schreck ist den Führern der DKP angesichts der zunehmenden Verankerung unserer Partei in den Massen, der wachsenden Zahl unserer Betriebszeitungen, unserer Erfolge zum diesjährigen 1. Mai in die Knochen gefahren. Sie erkennen, daß immer mehr fortschrittliche Menschen den Verrat des Revisionismus begreifen und sich der KPD/ML zuwenden. Darum sind ihre wütenden Angriffe gegen uns ein Zeichen unserer stetig zunehmenden Stärke ind ihrer wachsenden Schwäche.

Welcher Methoden bedienen sich die DKP-Führer und ihre neorevisionistischen Handlanger in anderen Organisationen im Kampf gegen unsere Partei? Da es ihnen an Argumenten fehlt, der Lüge und Verleumdung. So entblöden sie sich nicht u.a. zu behaupten:

1. Wir wollen heute und jetzt den bewaffneten Aufstand
2. Wir seien gegen Gewerkschaften.

Sie erhalten es da mit dem verflossenen Reichspropagandaminister Goebbels, sagte, je größer eine Lüge ist, desto eher wird sie geglaubt. Nur vergessen sie dabei, daß sie die Menschen, vorzugsweise die Mitglieder ihrer Partei, zwar eine Zeitlang sicher aber nicht auf die Dauer belügen können. Die Absicht ihrer Behauptungen zielt darauf hin aus vor der Arbeiterklasse als 'linke'Sektierer, als Spinner abzuqualifizieren. Da sie selbst aber in ihren offiziellen Organen zu einer offenen ideologischen Auseinandersetzung zu feige oder nicht fähig sind, überlassen sie die »Drecksarbeit« arbeitsteilig sogenannten 'linken' oder sich auch marxistisch-lenistisch tarnenden Organisationen wie beispielsweise dem Hamburger SALZ und KAB. (Sozialistischer Arbeiter- und Lehrlings-Zentrum und Kommunistischer Arbeiter-Bund)

Diese neorevisionistischen Organisationen erstellten im April dieses Jahres eine Broschüre »Was sind die Super-,Linken' und wie schaden sie der Sache des Proletariats?«, die den DKP-Führern anscheinend so gut gefiel, daß sie sie jetzt als »Schulungsmaterial im Kampf gegen die ,Linkssektierer'« an ihre Funktionäre im ganzen Land verschickten. Diese machen sich denn auch garnicht mehr erst die Mühe, eigene Argumente in ihrem Kampf gegen unserer Partei zu finden, sondern drucken, wie beispielsweise die »Hamelner Arbeiterzeitung« Nr. 4/71 (Ortszeitung der DKP) ganze Passagen des SALZ-Papiers wortwörtlich als eigene Erkenntnisse ab. Nichts zeigt so anschaulich das konterrevolutionäre Zusammenspiel solcher revisionistischer Tarnorganisationen wie SALZ und KAB mit der DKP.

'Kontrollieren, kritisieren, notfalls abwählen'

Wie gehen nun die Herren Revisionisten und ihrer SALZ-Ableger in ihrer Broschüre gegen die KPD/ML vor? Indem sie Sätze aus Verlautbarungen unserer Partei (ROTER MORGEN, Betriebszeitungen etc.) sinnentstellend aus dem Zusammenhang reißen oder interpretieren. Dabei kommen sie dann z. B. in der Gewerkschäftsfrage — mit der wir uns hier beschäftigen wollen — zu dem Schluß: »DIE KPD/ML erzählt aber den Arbeitern das alte Kapitalistenmärchen, daß es auch ohne Gewerkschaften geht, und eigentlich sogar noch besser als mit Gewerkschaften.« Und das obwohl an zig

Stellen unserer offiziellen Verlautbarungen auf die Notwendigkeit von Gewerkschaften für den Kampf der Arbeiterklasse hingewiesen wird. Wie die DKP unterstellen sie uns, wir fordern die Genossen auf, aus der Gewerkschaft auszutreten und fragen rethorisch: »Müssen die Kommuisten heute etwa nicht mehr dort arbeiten wo die Massen sind? Und sind es nicht nach wie vor die Gewerkschaften, die von opportunistischen Führern beherrrscht werden und in denen es proletarische und galbproletarische Massen gibt.« Und das, obwohl es bereits im ROTEN MORGEN vom Oktober 1969 wörtlich hieß:

»... Heißt das nun, daß — wie uns von gewisser Seite unterstellt wurde — wir unsere Genossen und Kollegen auffordern, aus der Gewerkschaft auszutreten? Wir wären schlechte Marxisten-Leninisten, wenn wir nicht Lenins Ratschlag befolgten, selbst in den reaktionärsten Organisationen zu arbeiten. Zumal in diesen Organisationen Arbeiter, Kollegen sind. Nur wie arbeiten? Sollen wir uns darauf beschränken, den ökonomischen Kampf des Proletariats zu fördern? Nein, unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß der ökonomische Kampf die sozialetarische und halbproletarische Massen gibt«. Und das, obwohl es bereits im RO-

Worin bestehen disUnterschiede zwischen unserer Auffassung zur Gewerkschäftsfrage und der der Rvisionisten der DKP und all der anderen neorevisionistischen Gruppen und Grüppchen?

Einmal in der Einschätzung der Rolle des heutigen Gewerkschaftsapparates, seiner Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft. Zum anderen daraus resultierend, in der einzuschlagenden Strategie und Taktik der revolutionären Partei des Proletariats.

Wie halten es die Revisionisten und Neorevisionisten damit? Für sie ist die Sache ziemlich einfach. Jede Analyse bezüglich der Struktur der heutigen Gewerkschäft für überflüssig haltend steht für sie fest, daß sich bezüglich der Gewerkschaft seit der Jahrhundertwende oder der frühen zwanziger Jahren nicht das geringste geändert hat. Für sie sind die Gewerkschaften immer noch Klassenkampforganisationen der Arbeiter mit dem einzigen Fehler, daß sich einige reformistische Führer in sie hineinverirrt haben oder von den Kapitalisten hineingeschickt wurden. Sie geben sich alle erdenkliche Mühe, den Klassengegensatz zwischen Gewerkschaftsbürokratie und der Arbeiterklasse zu verschleiern.

Wörtlich in der vom SALZ herausgegeben Arbeiterzeitung Nr. 1/71: werkschäftsführer sitzen halt immer noch am längeren Hebel. Jeder einigermaßen gewerkschaftlich orientierte Metallarbeiter wird sie glatt auslachen, wenn sie ihm vorschlagen, er solle doch mal den Otto Brenner abwählen. Und diesem Kollegen dann noch vorzuwerfen — wie im SALZ-Papier — er kapituliere damit vor der Bourgeoisie, die Herrn Brenner besticht, ist gelinde gesagt eine Unverschämtheit. Warum schlagen sie nicht gleich vor, man solle die Kapitalisten abwählen?

Da ist die revisionistische DKP-Führung schon »ehrlicher«. Sie gibt gar nicht

erst vor, daß es ihr um irgendwelchen Kampf innerhalb der Gewerkschaft geht. Sie erklärt schlicht (7.Tagung des PV der DKP): »Die Kommunisten sind in den Gewerkschaften keine Opposition. Sie sind als aktiver politischer Teil der Arbeiterklasse ein fester Bestandteil der Arbeiterklasse«. Und um auch ja keinen Zweifel an ihrer Übereinstimmung mit dem Reformismus aufkommen zu lassen, erklären sie ihre Aufgaben in den Gewerkschaften so: »Diese Aufgabe entspricht dem Inhalt des DGB-Grundsatzprogramms (eines durch und durch reformistischen Machwerks, d.Red.) wie den politischen Prinzipien einer marxistischen Partei der Arbeiterklasse als Klassenorganisation«.

Dreibund-These

Was in diesem Zusammenhang gebracht ja denn wohl heißen soll, sich als Schwanz, wie Ernst Thälmann es formulierte oder als Gratisbeilage, wie Stalin es sagte, der oder zur Gewerkschaft zu betrachten. So bestätigt sich in Bezug auf die DKP, was Ernst Thälmann schon im Jahre 1929 über die Politik der Rechtsabweichler schrieb:

»Der Kampf zwischen Reformismus und Kommunismus erfährt seine besondere Verschärfung, weil er gleichzeitig ein Kampf gegen den Dreibund Unternehmertum, Staatsgewalt und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie ist. Indem die Rechten sich bald nur auf den Kampf innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften, innerhalb des Gewerkschaftslegalismus beschränken wollen, leugnen sie auch den Charakter der jetzigen Kämpfe. Sie können sich nicht als Anhänger der Schwanztheorie die Aufgabe der Organisierung der neuen revolutionären Welle stellen. Sie stellen noch immer die Frage der Eroberung der Gewerkschaften als Eroberung des Gewerkschaftsapparates ... rat verwächst, je mehr die revolutionäre Gewerkschaftsopposition dieses System angreift, je selbständiger, aktiver und energischer die revolutionäre Opposition ihre Aufgaben stellt und entwickelt, um so schärfer wird der Angriff des Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Front sein«.

Auf das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem staatlichen Machtapparat antwortete damals die Partei mit der Politik der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Diese korrekte Politik wurde von den Rechtsopportunisten heftig bekämpft. I. W. Stalin sagte zu diesem Thema in einer Rede auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) (19. 12. 1928): »Das gleiche ist auch von Serra (ein Opportunist, der die Haltung der Rechtsopportunisten in der KPD unterstützte) zu sagen. Er billigt es nicht, daß die deutschen Kommunisten im Kampf um die Organisierung der ausgesperrten Metallarbeiter über den Rahmen der bestehenden Gewerkschaften hinausgegangen sind, und diesen Rahmen gesprengt haben. Er erblickt darin eine Verletzung der Beschlüsse des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale. Er versichert, die Rote Gewerkschaftsinternationale habe die Kommunisten angewiesen, nur innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten. Das ist Unsinn, Genossen! Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat keinerlei derartige Anweisungen gegeben. Dies zu sagen, bedeutet, die Kommunistische Partei zur Rolle eines passiven Zuschauers bei den Klassenkämpfen des Proletariats zu verurteilen. Dies zu sagen, bedeutet, die Idee der führenden Rolle der kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung, zu Grabe zu tragen«.

Entwicklung des DGB

Genau das aber ist es, was uns heute Revisionisten und Neorevisionisten empfehlen. Nicht konkrete Analyse einer konkreten Situation, sondern die Partei als Gratisbeilage zur Gewerkschaft mit dem Auftrag, die ökonomischen Kämpfe des Proletariats zu fördern. Das aber hat mit Marxismus-Leninismus nicht das Geringste, um so mehr aber mit blankem Ökonomismus zu tun. Bezogen auf die heutigen DGB-Gewerkschaften, die ja gerade die Aufgabe haben, den ökono-

war. Ich wollte damit den Widerstand der Gewerkschaften paralysieren. Ich glaube, daß das auch gelungen ist«.

Eine stärkere Integration des Gewerkschaftsapparates mit der Staatsmacht findet aber erst — analog zur Entwicklung der Jahre 1928/1929: Beginn der Weltwirtschaftskrise — seit dem Jahre 1966/67, dem in Erscheinungstreten der ersten härteren zyklischen Krise statt. »Konzertierte Aktion«, »Sozialpolitische Gesprächsrunde«, »Lohnleitlinien« usw. werden zur festen Einrichtung des aufeinander abgestimmten Handelns von Unternehmern, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie. 1966 holt sich die Bourgeoisie einen der reaktionärsten Gewerkschaftsführer, den IG-Bau-Boss Leber in die Regierung. 1969 wird der DGB-Führer Walter Arendt zum Arbeitsminister berufen. Seine Aufgabe, die Verstaatlichung der Gewerkschaften voranzutreiben, erfüllt er durch direkte Einflussnahme auf den Hauptvorstand des DGB. Von ihm stammt der arbeiterfeindliche Regierungsneuentwurf des BVG.

Neben dem Verwachsen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Staatsmacht findet im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch ein Verwachsen dieses Apparates direkt mit dem Industrie- und Finanzkapital statt. Ernst Thälmann zu dieser Entwicklung auf dem 10. Plenum der KPD: »Nicht nur das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem Staatsapparat spielt für uns eine Rolle, sondern die enge Beziehung der reformistischen und sozialdemokratischen Gewerkschäftsführern und Organisationen mit dem Finanzkapital. Diese Verflechtung übertrifft vielleicht alles andere, was uns bisher bekannt war. In letzter Zeit verwenden die Gewerkschaften in immer stärkeren Maße die gesammelten Gewerkschaftsgelder zu Zwecken gemeinsamer ökonomischer Betätigung mit dem Finanzkapital. Sie versuchen die Beitragsgelder in den Gewerkschaften nach den Prinzipien der privatwirtschaftlichen Akkumulation anzulegen«.

Was damals, Ende der zwanziger Jahre von Ernst Thälmann als »Verflechtung« gekennzeichnet wurde, die »alles andere übertrifft«, stellt sich gegenüber dem was uns heute bekannt ist, als ein bescheidener Anfang einer Entwicklung dar, die dazu führte, daß sich heute der DGB zu einem Konzern gemausert hat, der in seiner Größe den Flick- und den Finck-Konzern übertrifft. Unter dem Dach der »Vermögens- und Treuhandverwaltung GmbH« vereinigt der DGB Banken, Versicherungen, Verlage, ... der »Volksfürsorge« die zweitgrößte Lebensversicherung unter Kontrolle. Mit 5,2 Millionen Verträgen hat sie mehr als jede andere westdeutsche Lebensversicherung.

In der Co op hält sie eine der bedeutendsten Lebensmittelhandelsketten am Band. Aus den ehemaligen Konsumgenossenschaften wurde ein modernes Handelsunternehmen mit eigenen Fleischwarenfabriken, Weinkellereien, Kaffeeröstereien, Feinkost-, Schoko- und Zuckerwarenfabriken, Schnapsbrennereien usw., in denen die Werktätigen wie in jedem anderen kapitalistischen Betrieb ausgebeutet werden. Mit der Bank für Gemeinwirtschaft steht sie nach der Deutschen-, Dresdner- und Commerzbank an 4. Stelle der überregionalen Privatbanken. Die Bank führt ihre Geschäfte nach rein kapitalistischen Methoden. Lediglich mit 8 Prozent ist die Bank an Einlagen und Ausleihungen an gemeinwirtschaftlichen Firmen beteiligt. Der Boß dieser Bank, Hesselbach, Mitglied der Gewerkschaft HBV, versichert IG-Chemie-Mitgieder gegen Streikkrisiken, etwa Abzahlungsschwierigkeiten, ab und schlichtet am Ende selber den Streik. Gewerkschafter Hesselbach mit dem bescheidenen Jahresgehalt von 225.000 Mark erhält daneben als Aufsichtsratsmitglied von Thyssen, RWE, Krupp, Ruhrkohle, Salzgitter AG, Audi NSU, Lufthansa, Boswau & Knauer, Volksfürsorge Leben, Volksfürsorge Sach, 114.200,— Jahrestantiemen.

Damit erhält er etwas mehr als IG-Metall-Chef Otto Brenner, der als Aufsichtsratsmitglied von Ilseder Hütte, VW-Werk, Krupp Hüttenwerke, Krupp GmbH, BfG, »Neue Heimat« 109.000,— Mark einsteckt. Daneben nehmen sich die 35.000,— Mark die DBG-Chef Vetter als Aufsichtsratsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge, Neue Heimat neben seinem Jahresgehalt von rund 100.000,— Mark erhält , direkt bescheiden aus. Die IG Metall ist eben besser. So erhält IGM-Vorstandsmitglied Dürbeck als Aufsichtsratsmitglied von AEG-Telefunken, Hüttenwerk Oberhausen, Salzgitter-Hüttenwerk, Salzgitter-AG 68.000,— Mark oder IG Bergbau-Boß Schmidt als Aufsichtsratsmitglied von Harpener AG, Veba, Ruhrkohle, BfG, Neue Heimat 57.000,— Mark Jahrestantieme, natürlich alles neben ihren Riesengehältern.

Lassen wir es genug sein mit dieser Aufzählung, die man endlos fortsetzen könnte. Wer angesichts dieser Tatsache,

»Mißstände und fehlorientierte Gewerkschaftsfunktionäre, die den Interessenstandpunkt der Mitglieder verlassen haben, brachten eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft... Um diese Mißstände abzubauen, ist es notwendig, die Kräfte im Apparat auf Trab zu bringen, die durch Häufung von Privilegien, dadurch, daß sie ihre Arbeit in der Gewerkschaft als gesicherten Beamtenberuf verstehen, dadurch, daß sie nicht mehr wissen, was ihre gewerkschaftlichen Aufgaben sind.« Nach Auffassung der rechtsopportunistischen SALZ-Führer sind die Gewerkschaftsbonzen nicht etwa Lakaien der Geldsäcke, der Kapitalisten, sondern sie haben bloß die gewerkschaftlichen Aufgaben »vergessen«, können sich an die Interessen der Arbeiter nicht mehr »erinnern«, »wollen unsere Probleme nicht mehr sehen« (KAZ 2, S. 6), »sind nicht in der Lage, unsere Interessen von denen des Kapitals zu unterscheiden« (ebenda) usw.

Aus dieser Auffassung ergibt sich für die Neorevisionisten des SALZ logisch die einzuschlagende Strategie und Taktik in der Gewerkschaftsfrage: »Es kommt darauf an, die Gewerkschaften stark zu machen, die Kampfkraft der Gewerkschaften dadurch zu erhöhen, daß möglichst viele Arbeiter in die Gewerkschaften eintreten und dort aktiv für die unmittelbaren Lebensinteressen des Proletariats arbeiten. Darum müssen die Arbeiter in den Gewerkschaften den Einfluß der opportunistischen und versöhnlerischen Gewerkschaftsführer bekämpfen...» (SALZ-Papier).

Wie dieser Kampf auszusehen hat, schreibt die AZ 1/71: »Kampf heißt: diese Gewerkschaftsbürokraten so zu kontrollieren, zu kritisieren, notfalls sie abzuwählen, daß sie unsere Interessen nicht mit den Wünschen der Unternehmer und des Staates verwechseln«.

»Notfalls abwählen«. Sind sie noch zu retten? Wissen sie denn überhaupt, wie in den Gewerkschaften »gewählt« wird? Wissen sie nicht, daß es üblich ist, Gewerkschaftsfunktionäre per Anzeige zu suchen? Als wenn es so etwas wie demokratischen Zentralismus innerhalb der Gewerkschaft gäbe. Natürlich, als Vertrauensmann oder in einzelnen Gewerkschaften, wo es noch ehrenamtliche Funktionäre auf unterer Ebene gibt, könnte man sich eventuell eine Abwahl vorstellen, doch dort, wo der hauptamtliche Apparat beginnt, ist Schluß mit der Wählerei. Dort wird manipuliert und geschoben. Und die Herren reformistischen Gewerkschaftsapparats«.

Genau das aber tun auch die neorevisionistischen Führer des SALZ, des KAB und ähnlicher Organisationen, indem sie die Losung ausgeben: »Macht die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse«. Womit sie wie oben bewiesen die Eroberung des Gewerkschaftsapparats durch »kontrollieren, kritisieren und notfalls abwählen« meinen. Nur so läßt sich auch ihr Haß gegen die auch von der KPD/ML gebrauchte Dreibundthese erklären. Wir halten diese These, die zwar den Arbeitern leicht verständlich ist, da sie ihnen den Zusammenhang zwischen Kapital-Staatsgewalt und reformistischer Gewerkschaftsbürokratie vermittelt, auch nicht für glücklich und korrekt, da sie dadurch, daß dieser Zusammenhang als »Bund« dargestellt wird, zu dem Schluß führen könnte, der Staatsapparat sei nicht das Herrschaftsinstrument der Kapitalisten sondern etwas besonderes, das mit ihnen einen Bund eingehen könne.

Diese Kritik hat aber keinesfalls auch nur das geringste mit der der SALZ-Führer zu tun, die zu der von Thälmann gebrauchten Dreibundthese schreiben: »Das hat mit Marxismus-Leninismus nichts mehr zu tun, aber eine ganze Menge mit gewissen reaktionären, pseudo-»linken« Ladenhütern der Studentenrevolte«. (SALZ-Papier S. 15)

Hieran zeigt sich, daß die neorevisionistischen Führer des SALZ und KAB zwar recht viel von den Ladenhütern der modernen Revisionisten wissen, aber recht wenig von der Geschichte und den Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse und speziell ihrer kommunistischen Partei.

Was aber lehrt uns diese Geschichte? Sie lehrt uns, was Ernst Thälmann auf dem X. Plenum der KPD 1929 so formulierte: »In dem Maße, wie die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats nicht mehr ausreichen, in dem Maße, wie sich die diktatorischen und sozialfaschistischen Methoden der Bourgeoisie verschärfen, in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie in der Gewerkschaftsbewegung vollziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie wird zu einer größeren Aggressivität gegen die revolutionäre Front und zur verstärkten Faschisierung der Gewerkschaften im allgemeinen schreiten. Je stärker der Gewerkschaftsapparat mit dem staatlichen Machtapparates verschmolzen ist, um den revolutionären Kampf der Arbeiter zu hemmen, ist das bewußter Verrat an der Arbeiterklasse.

Zwar können wir hier im Rahmen des ROTEN MORGEN keine ausführliche Analyse der heutigen Gewerkschaft leisten, soviel aber steht fest, daß heute die Verschmelzung des Gewerkschaftsapparates und des staatlichen Machtapparates viel weiter fortgeschritten ist als in den späten 20er Jahren und daß sich in ihm die sozialfaschistischen Tendenzen verstärken. Bereits kurz nach Kriegsende begannen die Westalliierten damit, die Gewerkschaften nach ihren Vorstellungen wiederaufzubauen. Sie bedienten sich dabei früherer Funktionäre des ADGB wie Böckler und Co., die in der Emigration auf die Niederhaltung revolutionärer Gewerkschaften getrimmt waren. Spontan entstanden (1945) revolutionäre Gewerkschaften, wie etwa die Sozialistische Freie Gewerkschafts-Einheitsorganisation (SFG) in Hamburg, wurden mit Hilfe der Militärregierung zerschlagen. Schon bald hatten die reformistischen Führer des DGB das Heft in der Hand. Kommunisten, die anfangs noch in Funktionen auf Gewerkschafts- und Betriebsebene tätig waren, wurden mittels Tricks hinausgesäubert. Im Vergleich zu 1918 hatten sie die Gewerkschaftsbewegung in relativ kurzer Zeit gespalten und den Grundstein für ihre Politik kommender Jahre gelegt.

Nach 1945 waren die reformistischen Gewerkschaftsführer von Anfang an am Aufbau der Staatsmacht beteiligt. Bis heute legten und legen sie ein eindeutiges Bekenntnis zum kapitalistischen Staat ab: »Wir bejahen die staatlich-politische Demokratie in unserem Lande«, DGB-Vorsitzender Vetter auf dem 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag der NGG. Gewerkschaftsführer wie Ernst Lemmer und Jacob Kaiser (»Gesamtdeutscher Minister«) beteiligten sich aktiv an der Wiedererrichtung des westdeutschen Imperialismus. Erster Rüstungsminister der Adenauer-Regierung wurde der frühere IGBE-Vorsitzende Theodor Blank. Adenauer zur Ernennung Blanks in seinen »Erinnerungen«:

»Als ich Herrn Blank zunächst vor Errichtung des Ministeriums seine Aufgaben übertragen habe, war für mich nicht maßgebend seine Eigenschaft als CDU-Abgeordneter; maßgebend war vielmehr für mich, außer seinen persönlichen Eigenschaften, die Tatsache, daß er stellvertretender Vorsitzender einer der wichtigsten Industriegewerkschaften

Handels- und Baufirmen.

Sie kommandiert mit der »Neuen Heimat« das umsatzstärkste Bauunternehmen Westeuropas. Mit 57 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften plant, finanziert und baut die »Neue Heimat« nicht nur Wohnungen, sondern auch Objekte wie Luxus-Hotels in der Karibischen See oder das neue Spielkasino von Monte Carlo.

Im Versicherungswesen hält sie mit

angesichts der ständig fortschreitenden Verschmelzung der DGB-Bürokratie mit dem Staatsapparat und dem Industrie- und Finanzkapital davon spricht, man könne diesen Apparat durch Abwahl erobern, belügt die Arbeiterklasse genauso wie wenn er behaupter, man könne den Sturz der Bourgeoisie über den Weg der Wahlen herbeiführen. Er ist ein Revisionist, objektiv ein Verräter an den Interessen der Arbeiter.

ES IST SOWEIT ZUM SEPTEMBER 14-TÄGIG

Im letzten Monat sind folgende Spenden zur Unterstützung des ROTEN MORGEN eingegangen:

27.5.	OG Gießen	700,00
1.6.	OG Mannheim	385,00
2.6.	O.H., Bonn	25,00
3.6.	Stützpunkt Bremen	120,00
4.6.	G.F., Oberliederbach	50,00
4.6.	E.K., Pohlheim	50,00
7.6.	C. Sch., Karlruhe	30,00
8.6.	OG Mannheim	280,40
8.6.	Landesverband Westberlin	400,00
8.6.	Rote Garde Ingolstadt	20,00
9.6.	Landesverband Niedersachsen	3.000,00
9.6.	OG Offenburg	350,00
10.6.	OG Lörrach	65,00
10.6.	OG Freiburg	234,00
10.6.	OG Mannheim	453,00

10.6.	E.U., Berlin	4,00
10.6.	W.H., Niederschelderhütte	20,00
15.6.	U.S., Frankfurt	34,00
15.6.	G.F., Oberliederbach	32,00
15.6.	RJ., Braunschweig	9,00
16.6.	Dr. W.H., Hamburg	100,00
18.6.	T.E., Hannover	20,00
18.6.	MLHO Kiel	600,00
19.6.	T.R., Frankfurt	100,00
20.6.	KSB/ML Hamburg	600,00
21.6.	Metallkollektiv Bezirk Ost der OG Frankfurt	194,20
22.6.	O.H., Bonn	40,00
23.6.	Rote Garde Bielefeld	824,00
23.6.	Landesverband Westberlin	100,00
25.6.	Studentengruppe an der FU Berlin	60,00
25.6.	KSB/ML Detmold	210,00
25.6.	OG Mannheim	70,00
28.6.	Stützpunkt Augsburg und Rote Garde Kempten	450,00
29.6.	OG Offenburg	2000,00
30.6.	5 Studenten aus Freiburg	176,50
		12.336,10

DKP FORDERT VERBOT DER KPD/ML

DKP den ökonomischen Kampf der Arbeiter konsequent unterstützen würde. Im Gegenteil! Auch hier hat sie ihre Aufgabe im Dienste der Bourgeoisie, und zwar als Bindeglied zu fungieren zwischen dem reaktionären Ge-

einer schon länger geübten Praxis auf Verbrüderung mit der IG Chemie aus. In Flugblättern spricht sie von »unserer Gewerkschaft«, greift die Splittergruppen an und ruft energisch zur Solidarität aller Arbeiter und An-

beiterverräter aber nicht zufrieden. Sie versuchten auch noch, das Transparent zu zerreißen. Doch diesmal konnten wir den dreckigen Überfall zurückschlagen...

Und wir lassen uns nicht einschüchtern von dem, was der IG-Druck- u. Papier-Bonze und DKP-Chef Hankhofer am Schluß der Aktion zu uns sagte: »Wenn ihr Euch nochmal so aufführt, kriegt Ihr solche Schläge, daß Blut fließen wird!»

Provokationen dieser Art erscheinen dann in der bürgerlichen Propaganda — einschließlich der revisionistischen — als Gleichsetzung von »Maoisten« mit »Schlägerei«, »Krawall« usw. Wohin diese Taktik schließlich zielt, machte der bayrische Innenminister Merk in seiner Haushaltsrede vom 22. Juni klar: Die Maoisten, Roten Zellen usw. — so sagte er — seien **»nicht nur verfassungsfeindlich, sondern schlechthin kriminell«.**

Antrag Nr. 32

Die DKP-Führer sind inzwischen dazu übergegangen, die Illegalisierung und Kriminalisierung der KPD/ML auch **offen** zu betreiben. Das zeigt folgendes Beispiel aus Duisburg:

Am 4. Juni fand dort eine IGM-Vertreter-Versammlung statt (Ortsverwaltung Duisburg), auf der Anträge für den IGM-Gewerkschaftstag im Herbst verabschiedet und die Delegierten für diesen Gewerkschaftstag gewählt wurden.

Die Vertreter in dieser Versammlung waren zum Teil von den Kollegen gewählt, zum Teil direkt von der Ortsverwaltung berufen. Wie diese Wahlen allerdings meistens aussehen: Es wird vorgeschlagen und gefragt, wer etwas dagegen hat. Das ganze spielt sich oft in Sekunden bzw.

Der bedeutsamste Antrag, der verabschiedet wurde, war der Antrag Nr. 32 auf Verbot der »Maoisten«. Er wurde einstimmig angenommen, **auch von den anwesenden und stimmberechtigten DKP-Leuten.** (darunter Karin Wolk, Vorsitzende des Ortsjugendausschusses).

Antrag Nr. 32:
Antragsteller: Ortsverwaltung
Der Gewerkschaftstag möge beschließen:
Die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages fordern alle Funktionäre und Mitglieder der IG Metall auf, den maoistischen Gruppierungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, sich gemeinsam mit dem DGB bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die politische Tätigkeit maoistischer Gruppen in der Bundesrepublik auf die Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüft wird.
Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, der Öffentlichkeit Informationen über
1. die politischen Ziele
2. den organisatorischen Aufbau
3. führende Personen und sogenannte Hintermänner bestehender Gruppen

zu geben.
Begründung:
Das politische Ziel aller maoistischen Gruppen ist es, die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu zerstören. In Übereinstimmung mit neonazistischen Parolen und Methoden werden in betriebsbezogenen Zeitungen und sonstigen Publikationen demokratische Organisationen und Einrichtungen beschimpft und ihre Vertreter des Verrats an der Arbeitnehmerschaft bezeichtigt.
In Verbindung mit rechtsradikalen Bestrebungen sind diese Gruppierungen ebenfalls eine

Bewegung ideologisch aufzuweichen und vollständig in den revisionistischen Sumpf zu ziehen, die Versuche, im Einklang mit der Propaganda der Bourgeoisie die KPD/ML in der Arbeiterklasse zu isolieren, sind gescheitert. Das zwingt sie, sich jetzt offen auf die Seite des bürgerlichen Unterdrückungsapparates zu stellen. Aber der Stein, den sie erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen. **Je hysterischer die Kampagne der DKP-Führer gegen die Kommunistische Partei wird, je offener dabei ihr reaktionärer Charakter zutage tritt, desto mehr wird sich die DKP-Führung selbst in der Arbeiterbewegung und schließlich auch von den Mitgliedern der eigenen Partei isolieren.** Die Duisburger Genossen der Roten Mannesmann-Betriebsgruppe schreiben dazu in der letzten Ausgabe des »Röhrenkieker«:

Kollegen, wer von euch bis jetzt noch geglaubt hat, zwischen DKP und KPD/ML gäbe es keine wesentlichen Unterschiede und man könne doch zusammengehen, dem wird es wie Schuppen von den Augen fallen: Daß an den DKP-Führern und -Bonzen kein einziges Gramm Kommunismus ist! Daß sie nichts anderes tun, als von Kommunismus zu **schwätzen,** einzig und allein mit dem Ziel, uns für ein solches Ausbeutersystem wie die DDR zu gewinnen. Daß sie zwar in Worten für die Wiederzulassung der KPD sind, in Taten aber das Verbot der wirklichen Kommunisten heute kräftig unterstützen. Gerade im letzten Röhrenkieker haben wir deutlich gesagt, daß wir jederzeit bereit sind, mit den DKP-Kollegen, die ehrlich gegen die Kapitalistenklasse und ihre Lakaien kämpfen wollen, zusammenzugehen und im Kampf im Betrieb eine einheitliche Front zu bilden.

werkschaftsapparat und den Arbeitern. Gerade, wenn in der Kampfsituation, im Streik, die Kollegen beginnen, den Verrat der DGB-Bonzen zu durchschauen, sich von ihrem Einfluß zu lösen, eigene Forderungen zu stellen, eigene Kampfformen zu entwickeln; gerade dann haben die DKPisten in den Gewerkschaften, in den Betriebsräten ihre große Stunde. Sie stellen sich bedingungslos auf die Seite der Bonzen und machen ihren ganzen Einfluß als »Kommunisten« geltend, um den spontanen Kampf der Arbeiter abzuwiegeln. In Bezug auf die gegenwärtigen Kämpfe in der Chemie schreibt das Zentralblatt der westdeutschen Bourgeoisie, die »Frankfurter Allgemeine«:

Es ist im Augenblick nicht auszumachen, wieweit der Kern der radikalen Kräfte, die zu Tätlichkeiten aufrufen, in der Gewerkschaft selbst zu suchen ist. Sicher ist nur, daß kommunistische und maoistische Gruppen, von denen sich die Gewerkschaft scharf distanziert, die Gelegenheit benutzen, unter der Arbeiterschaft zu agitieren. Dabei wird von einem Teil dieser Gruppen die Gewerkschaft selbst mit dem Vorwurf des Verrates an den Arbeitern« und die Stabilitätspolitik der Bundesregierung mit dem Vorwurf des »Lohndiktates« bedacht. Dagegen ist die Kommunistische Partei entsprechend gestellten auf. Sinn dieses Verhaltens ist es auch jetzt offenbar wieder, kommunistische Argumentation und gewerkschaftliche Argumentation ineinanderfließen zu lassen, wobei sie auf die Sympathisanten innerhalb der Gewerkschaft hofft.

(Zur Verdeutlichung: mit »Maoisten« sind Kommunisten gemeint, mit »Kommunisten« Revisionisten).

Dieses Zitat zeigt, daß die westdeutsche Bourgeoisie — im Gegensatz zu vielen »Linken« — durchaus deutlich unterscheidet zwischen Kommunisten und Revisionisten und daß sie mit der zunehmenden Verankerung der Kommunisten im Proletariat auch immer mehr dazu übergeht, diesen Unterschied offen zur propagieren.

Ihr Trick in dieser Propaganda ist einfach: Wir werden nicht Kommunisten genannt, sondern Maoisten. Und dieser Name fällt auch nie ohne den Hinweis auf »Tätlichkeiten«, »Gewalt«. Unsere angebliche »Vergangenheit in der APO« wird beschworen, meist mit einer mehr oder weniger dezenten Anspielung auf die Baader/Meinhof-Gruppe.

Das Ziel ist klar: Die klassenbewußten Arbeiter, die bereit sind, gegen die Kapitalisten zu kämpfen und die Notwendigkeit der Organisierung erkannt haben, soll nicht in der KPD/ML, sondern in der DKP ihre Partei sehen.

Methode der Provokation

Und die DKP-Führer selbst tun alles, um der bürgerlichen Propaganda die »konkreten Fälle« an die Hand zu geben. Von der Methode des Einschleusens von Agenten haben wir im letzten RM geschrieben. Eine andere Methode ist die der Provokation. So berichten Münchner Rotgardisten von einer DKP-Demonstration anläßlich des 30. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 2. Juni, bei der sie mit Flublättern, einer roten Fahne und einem Transparent auftraten:

»Plötzlich stürzte ein DKP-Schlägertrupp auf unser Transparent und unsere rote Fahne los. Trotz des erbitterten Widerstands unserer Genossen gelang es ihnen, die rote Fahne von der Stange zu reißen und zu zerfetzen. Damit gaben sich diese Ar-

Minuten ab. Von echter Wahl kann daher keine Rede sein. Die Vertreter von der Thyssen-Hütte waren nicht gewählt, sondern von der OV berufen.

Gefahr für den Fortbestand der Demokratie.

Die Versuche der DKP-Führer, im Auftrag der Bourgeoisie die junge marxistisch-leninistische

Jetzt fordern wir alle DKP-Kollegen auf, öffentlich zu der Haltung ihrer Führer auf der Vertreterversammlung Stellung zu nehmen.

Grußbotschaft der KPD/ML zum 50. Jahrestag der KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Zum 50. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas übermitteln wir dem chinesischen Volk, der kommunistischen Partei Chinas und ihrem Vorsitzenden, Genossen Mao Tsetung unsere herzlichsten Glückwünsche.

Die fünfzigjährige ruhmreiche Kommunistische Partei Chinas gilt in aller Welt als das leuchtende Beispiel für eine wahre Vorhutorganisation des Proletariats. Die Kommunistische Partei Chinas, vom Vorsitzenden Mao persönlich gegründet, gehegt und gepflegt und in allen Klassenschlachten gegen die einheimischen und ausländischen Feinde durch seine proletarisch revolutionäre Linie angeleitet, hat das chinesische Volk siegreich in einen langwierigen bewaffneten Kampf zur Eroberung der politischen Macht und zur Festigung der Diktatur des Proletariats geführt. Die Feststellung des Genossen Mao »die Kommunistische Partei Chinas ist der führende Kern des ganzen chinesischen Volkes. Gäbe es keinen solchen Kern, dann könnte die Sache des Sozialismus nicht siegen«, hat in dieser gesamten Zeit sich immer wieder als richtig erwiesen.

Die 50-jährige Geschichte der KP Chinas hat klargemacht, welch großartige Erfolge eine Kommunistische Partei im Kampf gegen alle Ausbeuterklassen erlangen kann, die sich fest auf die allgemeingültigen Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus stützt und es versteht, sie korrekt und schöpferisch auf die Revolution im eigenen Land anzuwenden. So hat die KP Chinas unter dem Vorsitz des Genossen Mao Tsetung, die Grundlagen für den Kampf in der Periode der neudemokratischen Revolution in China entwickelt und diesen Kampf siegreich geführt. Der heroische Kampf des chinesischen Volkes und die Theorie des revolutionären Volkskriegs sind heute zum leuchtenden Vorbild für alle gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien kämpfenden Völker geworden.

Der ununterbrochene Übergang von der neudemokratischen zur sozialistischen Revolution und Entwicklung Chinas zu einem blühenden sozialistischen Land zeigt allen Völkern der Welt die schöpferische Kraft, die ein Volk für den Aufbau des Sozialismus entfalten kann, das vom Imperialismus befreit und im Kampf von einer wahrhaft kommunistischen Partei angeleitet wird.

Entscheidende Erfolge hat Eure Partei im Kampf für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und gegen die Restauration des Kapitalismus erzielt. So gelang es, alle konterrevolutionären Linien zur Restauration des Kapitalismus in China zu zerschlagen. Die durch die Große Proletarische Kulturrevolution gestählte KP Chinas hat mit der erfolgreichen Durchführung des IX. Parteitages einen weiteren großartigen Sieg in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus erkämpft. Die Volksrepublik China ist heute das Hauptbollwerk der Weltrevolution!

Im ideologischen und politischen Kampf der Marxisten-Leninisten gegen den Verrat der modernen Revisionisten, vor allem der sowjetischen Sozialimperialisten, an allen Prinzipien des Marxismus-Leninismus stand die KP Chinas von Anfang an zusammen mit der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze. Dadurch wurden die Hoffnungen der Im-

Nieder mit dem USA~Imperialismus

Zum Geheimbericht



DIE "VERNUNFT" DES AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS

Plant Nixon einen Atomschlag? fragte der Rote Morgen vom März 1971. Inzwischen steht regierungsamtlich fest, daß Nixon bereits 1954 als Vizepräsident Eisenhowers, die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam mit Atomwaffen gefordert hat. Dies und einiges mehr enthüllten mehrere Berichte in bürgerlichen Zeitungen der USA.

Die »New York Times«, weltweit anerkanntes Organ für »vernünftigen« Imperialismus, fing an, aus dem Nähkästchen zu plaudern. Grundlage dafür war ein 7000 Seiten starker »Geheimbericht«, den der damalige Kriegsminister McNamara ausarbeiten ließ. Der Bericht wurde von Experten der Regierung auf Grundlage der Originaldokumente des Kriegsministeriums ausgearbeitet.

Inhalt des Berichts ist die Wiedergabe und Analyse der imperialistischen Politik der US-Regierungen gegenüber Vietnam — angefangen vom Präsidenten Truman über Eisenhower, Kennedy bis hin zu Johnson. Dieser »Geheimbericht« ist ein einzigartiges Dokument des Scheiterns der imperialistischen Politik in Vietnam. Es ist ein Dokument von ungeheuerem Zynismus, ein Dokument der Politik einer »Supermacht«, die glaubt, mit den Völkern der Welt und mit dem eigenen Volk nach Belieben umspringen zu können.

Politische Neuigkeiten enthält der Bericht nicht mehr für diejenigen, die sich

Imperialismus wird noch schneller seinem Ende entgegengehen.

Nicht zuletzt ist die authentische Information über die imperialistische Politik der USA auch ein Schlag ins Gesicht des amerikanischen und des internationalen Revisionismus. In dem Bericht wird nämlich eindeutig die Stellung Kennedys und seiner Berater als Hauptkriegstreiber enthüllt. Keineswegs war es so, wie Chruschtschow und die revisionistische KPdUSA behaupteten, Kennedy sei »friedliebend« und man könne ja ruhig mit ihm zusammenarbeiten.

die darin enthaltenen militärischen Pläne wären noch heute gültig.

DER US-IMPERIALISMUS TRITT DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER MIT FÜSSEN!!

Die USA trugen bereits Dreiviertel der Kosten der französischen Kolonialarmee und planten den Einsatz von Luft- und Marinestreitkräften. Doch der Widerstand der vietnamesischen Volksarmee vereitelte ihre Pläne. 1954 schlug die Volksarmee unter Führung von Ho Tschi Minh die Franzosen bei Dien Bien Phu. Der französische Kolonialismus wurde besiegt.

Das bedeutete jedoch nicht, daß sich die US-Imperialisten auch zurückzogen — ganz im Gegenteil. Ihr weiteres Handeln entsprach völlig imperialistischer Logik, wie Mao Tse Tung sie beschrieben hat: **»Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang — das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre der Welt dem Anliegen des Volkes gegenüber, und sie werden niemals gegen diese Logik verstoßen.«**

Die US-Imperialisten zögerten nicht einen Augenblick, an die Stelle der Franzosen zu treten. Sie sabotierten die Genfer Indochinakonferenz 1954, die nach der Niederlage des französischen Kolonialismus den Weg für ein geeintes, un-

2. alle chinesischen Verbindungs- und Nachrichtenlinien inner- und außerhalb Chinas zu unterbrechen;
3. eine Seeblokade Chinas.

Die USA beeilten sich, um gegen die Bestimmungen des Gener Übereinkommens den aggressiven SEATO-Pakt zu gründen, der auch Südvietnam in seinen »Schutzgebiet« einbezog.

»Wie sehr die Reaktionäre aller Länder auch die revolutionären Volksmassen verfolgen, so fördern sie letzten Endes damit nur die Revolution des Volkes, die dann noch umfassender und noch erbitterter wird« (Mao Tse Tung-Rede zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 1957).

Mit Hilfe seiner amerikanischen Herren verhinderte Diem die Durchführung der Wahlen in Südvietnam. Er errichtete eine Terrorherrschaft, und trieb große Teile der Bauernschaft in sogenannte »Wohlstandszonen«, die nichts als riesige Konzentrationslager waren. Mit Hilfe von Sondergesetzen unterdrückte er Streiks und Massendemonstrationen und warf Tausende von Kommunisten und anderen Gegnern des Regimes ins Gefängnis. Die Antwort des vietnamesischen Volkes bestand darin, »noch umfassender und noch erbitterter« zu kämpfen. Es kam in mehreren Provinzen Südvietnams bereits 1960 zum bewaffneten Volksaufstand. Zahlreiche patriotische und marxistisch-leninistische Organisationen schlossen sich zur Nationalen Befreiungsfront (NLF) zusammen. Mit der Gründung der Befreiungsfront, die alle politischen und militärischen Aktionen koordinierte und leitete, nahm der Kampf des vietnamesischen Volkes einen ungeheueren Aufschwung. Dies führte innerhalb kürzester Zeit zu einer solchen Schwächung des Marionetten-Regimes, daß die US-Imperialisten gezwungen wurden, direkt einzugreifen.

Der friedliebende Kennedy schickt seine Aggressionstruppen

Die Geheimstudie entlarvt ein für allemal das Gerede der Revisionisten vom »friedliebenden« Kennedy. Wie alle Imperialisten zögerte Kennedy nicht, alle Mittel einzusetzen, um die US-Herrschaft in Indochina zu sichern. Nach dem Scheitern der Spezialkrieg-Taktik brauchte er seinen Vize Johnson und seinen Kriegsminister McNamara nach Saigon, um Diem zu zwingen, öffentlich um die Entsendung amerikanischer Truppen zu bitten.

Bereits 1961 stimmte Kennedy einem geheimen Aktionsplan zu, der vorsah, Agenten nach der DRV und südvietnamesische Spezialtruppen nach Laos einzuschleusen, »um die Kommunisten ausfindig zu machen und sie anzugreifen« und »Widerstandssysteme und geheime Stützpunkte« zu bilden.

handlungen mit der DRV suchen sollte, wurden folgende Schritte vorgeschlagen:

»1. Diem auf die Gefahren eines solchen Kurses aufmerksam machen und darauf hinweisen, daß die Verfolgung eines solchen Kurses zur Einstellung der US-Hilfe führen würde;

»2. Die Generale zum Putsch ermutigen;

»3. Die Weltmeinung über Diems zweischneidiges Spiel aufzuklären, um unsere Gegenmaßnahmen zu rechtfertigfä

»4. Falls die DRV bei einem Putsch gegen Diem Truppen nach Südvietnam schicken sollte, sollten wir klarmachen, daß wir jede notwendige Macht einsetzen werden, um sie davon abzubringen«.

Die Spitze des Zynismus war die Bemerkung des Außenministeriums: »Sobald

auch nur oberflächlich mit Vietnam befaßt haben. Dennoch, für die breiten Massen des amerikanischen Volkes zeigte er mit unnachahmlicher Präzision wie die Regierung ihr Volk belogen, beraubt und verraten hat. Die Veröffentlichung des Berichts — aus dem die wichtigsten Teile im folgenden übersetzt und kommentiert werden — wird sicher dazu beitragen, dem Kampf der amerikanischen Arbeiterklasse, der revolutionären Afroamerikaner, der fortschrittlichen Studenten und Intellektuellen neuen Aufschwung zu geben. Der anti-imperialistische Kampf wird wachsen und der US-

Auch Johnson, den die KPdUSA auch (wie Kennedy) bei der Wahl aktiv unterstützte, war ein äußerst aggressiver Vertreter des amerikanischen Monopolkapitalismus. So bedeutet der Bericht nicht nur eine Schwächung des US-Imperialismus, er bringt auch alle Revisionisten in äußerste Bedrängnis, denn es wird für sie immer schwieriger, den Volksmassen vorzuplappern, nur der »friedliche Weg« könne der imperialistischen Bestie das Genick brechen. Die US-Regierung selbst hat diese Phrase wieder einmal in ihrer ganzen Lächerlichkeit entlarvt.

Unter verschiedenen Masken kann Nixon sein wahres Gesicht doch nicht verbergen

Bereits 1954 befürwortete Nixon, damals Vizepräsident unter Eisenhower, den Einsatz von »taktischen« Atomwaffen und amerikanischen Truppen, um die drohende Niederlage der Franzosen in Indochina abzuwenden und die Herrschaft der Imperialisten zu sichern. Daß der »Friedenspräsident« Nixon, so bezeichnet er sich gerne, seine Meinung über den Einsatz von Atomwaffen nicht geändert hat, um die gescheiterte Strategie in Vietnam doch noch zum Erfolg zu bringen — dafür gibt es Hinweise genug (siehe RM März 1971). Daß er »Frieden« sagt, aber »Krieg« meint, zeigte nicht zuletzt einer seiner Staatsanwälte, der das Verbot der Verbreitung der Geheimstudie mit der Begründung verlangte,

abhängiges Vietnam festlegen sollte. Der 17. Breitengrad wurde als provisorische Demarkationslinie zwischen der DRV und dem »Staat Südvietnam« festgelegt. Das vietnamesische Volk sollte 1956 durch freie Wahlen seine gesellschaftliche Ordnung selbst bestimmen.

Die USA wußten, wie der Geheimbericht zeigt, daß freie Wahlen »letzten Endes zur Einigung Vietnams unter Ho Tschi Minh führen würden«. So kämpften sie mit allen Mitteln gegen die Festlegung der Wahlen für 1956. Sie errichteten das Regime des ihnen ergebenen Ngo Dinh Diem in Südvietnam und arbeiteten Pläne für Angriffe auf Nordvietnam und Laos aus, die nur deswegen nicht ausgeführt wurden, weil die Eisenhower-Regierung nicht genügend Unterstützung bei ihren Allierten fand.

Auch fürchteten die USA, daß ein direkter Angriff ihrerseits zur Unterstützung Vietnams durch die Volksrepublik China führen könnte. Dies empfanden sie als »beträchtliches Risiko«. Für den Fall, daß sie auch dieses »Risiko« eingehen müßten, planten die US-Strategen unverschämterweise:

1. die UNO aufzuordern, »die notwendigen Aktionen einzuleiten, um solcher Aggression (der VR China!) zu begegnen«;

Stützpunkte« zu bilden.

Bezeichnend für die Art, wie die US-Imperialisten mit ihren eigenen Lakaien umspringen, ist die Geschichte des Militärputsches gegen Diem und seine Ermordung am 2. November 1963. Aus der Studie geht hervor, daß Kennedy und seine Berater voller Mißtrauen sahen, wie Diem eine neutralistische Politik zu verfolgen begann. Im August des Jahres schlug das Außenministerium vor, Diem zu stürzen, falls er Verhandlungen mit Nordvietnam aufnehmen sollte.

Für den Fall, daß Diem oder sein Bruder Nhu, der Saigoner Sicherheitschef, Ver-

es zu einem Putsch gegen Diem gekommen ist, können wir auf die offensichtlive Weigerung Südvietnams hinweisen, eine Koalition zwischen Diem und den Kommunisten zu akzeptieren«.

Das Außenministerium drängte darauf, »die ganze Diem-Familie unter die Kontrolle der Putschisten zu bringen ... Die Diem-Familie darf sich nur bedingungslos ergeben. Diem sollte nach dem Gutdünken der Generale behandelt werden«.

Am 2. November wurde Diem ermordet. Kennedy erklärte dem amerikanischen Volk scheinheilig, er habe von dem Putsch keine Kenntnis gehabt.

Unter Johnson werden die Imperialisten immer unverschämter

Diems Nachfolger, Gen. Minh und Gen. Nguyen Khanh, waren gehorsame Diener der USA. Gerade deshalb wuchs die Macht der FLN unaufhörlich, gewann sie immer größere Teile des Volkes für den Kampf gegen die Imperialisten. So kamen die US-Militärs bereits anfang 1964 zu dem Schluß, daß sie, um ihr Einflußgebiet zu verteidigen, den Krieg ausweiten und die DRV systematisch angreifen müßten. Die Saigoner Marionetten-Regierung war nur noch »vom Standpunkt ihrer Eignung als Basis für erweiterte Aktionen« (Geheimstudie) interessant. In Wirklichkeit war sie keine »Basis«, sondern eine Front, der uniformierte Lakai und Türsteher des amerikanischen Imperialismus in Indochina.

Hinter dieser Front begannen die US-Generäle am 1. Feb. 1961 einen »genau ausgearbeiteten Plan geheimer militärischer Operationen gegen den Staat Nordvietnam«.

»Die Operationen des Planes 34 A... umfaßten Flüge über Nordvietnam durch U 2 Spionage-Flugzeuge, Entführungen nordvietnamesischer Bürger, um ihren Informationen für den Nachrichtendienst auszupressen, Teams für Sabotage und psychologische Kriegsführung, die mit Fallschirmen über nordvietnamesischem Gebiet absprangen, sowie Kommando-Überfälle vom Meer aus auf Eisenbahn- und Straßenbrücken und Bombardierung vietnamesischer Küsteneinrichtungen durch Torpedo-Boote«.

Das Pentagon verheimlichte diese Provokationen vor der Weltöffentlichkeit und dem eigenen Volk. Es ließ sie von asiatischen Söldnern unter Befehl eines amerikanischen Generals durchführen, der seine Truppen als Tile einer »Studien- und Beobachtungsgruppe« tarnte.

Gleichzeitig mit dem Plan 34 A wurde der geheime Luftkrieg in Laos verstärkt. Bomber der CIA-Luftgesellschaft »Air America« unter laotischem Hoheitszeichen flogen immer mehr Einsätze gegen Pathet Lao und nordvietnamesische Truppen. Ihr Befehlshaber war der amerikanische »Botschafter« in Thailand. Durch den Golf von Tongking (Bac Bo) ließen die USA Zerstörer mit Spionage-Aufgaben kreuzen.

Am 3. August 1964 wurde einer dieser Zerstörer von nordvietnamesischen Booten angegriffen — das behauptet jedenfalls die US-Regierung, obwohl es sogar von bürgerlichen amerikanischen Zeitungen angezweifelt wird. Präsident Johnson schrie lauthals von »Provokation« und ließ seine B 52 Bomber auf Nordvietnam los. Seine Sprecher logen dem amerikanischen Kongreß vor, sie hätten von südvietnamesischen bzw. amerkanischen Provokationen »nichts gewußt«. Im Kongreß wurde die sogenannte »Tonking-Resolution« durchgepeitscht, die der US-Regierung freie Hand für die weitere Eskalierung des Krieges gab. Wie Hitlers Überfall auf den eigenen Sender Gleiwitz war der »Tonking-Zwischenfall« ein lang-ersehnter Vorwand für die Kriegstreiber.

Die Geheimstudie zeigt: »Die Regierung konnte Vergeltungsschläge mit weniger als 6 Stunden Vorwarnung befehlen ..., weil die Planung schon so weit gediehen war, daß eine Liste von Zielen vorlag. Diese Liste war im Mai aufgestellt worden, zusammen mit dem Entwurf der Resolution, als Teil einer vorgeschlagenen Kongreß-»Szenerie«, die auf offen eingestandene Luftangriffe auf Nordvietnam vorbereiten sollte« (Herald Tribune).

---

perialisten, mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion einen tödlichen Schlag gegen das Weltproletariat und die um ihre Befreiung kämpfenden Völker führen zu können, zunichte gemacht. Dieser entschlossene Kampf für die Verteidigung und Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus ist für die Arbeiterklasse, die gegen den USA-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und alle ihre Lakaien kämpfenden Völker und die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt eine unschätzbare Unterstützung im revolutionären Kampf. Auch dies zeigt deutlich, daß Genosse Mao Tsetung den Marxismus-Leninismus auf einen völlig neuen Gipfelpunkt gehoben hat: Die unbesiegbaren Maotsetungideen sind der Marxismus-Leninismus unserer Epoche, in der der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegenschreitet!

Im letzten Jahr schritt die ruhmreiche und korrekte KP Chinas weiter auf dem Weg der Revolution. Den Plänen zur Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Staaten ist die KP Chinas entschieden entgegengetreten. So hat die feierliche Erklärung des Vorsitzenden Mao Tsetung »Völker der ganzen Welt vereinigt euch, besiegt die US'Aggressoren und alle ihre Lakaien« dem revolutionären Kampf der Völker der ganzen Welt neuen Aufschwung gegeben.

Die VR China hat bei der Anwendung der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz gegenüber Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung glänzende Erfolge erzielt und gleichzeitig das grundlegende Prinzip der chinesischen Außenpolitik, die Politik des proletarischen Internationalismus hochgehalten.

Die KP Chinas wird der KPD/Marxisten-Leninisten und allen Bruderparteien in der ganzen Welt immer ein leuchtendes Beispiel sein, im Kampf gegen den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und ihre Lakaien. Die Haupttendenz in der Welt ist die Revolution. Wir werden Schulter an Schulter für den Sieg der Weltrevolution kämpfen.

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!

Hoch der Marxismus, der Leninismus und die Maotsetungideen!

Es lebe der größte Marxist-Leninist unserer Zeit, Genosse Mao Tsetung!

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
i. A. Ernst Aust

'URBS' oder Ein Sieg des Kommunismus an der Kulturfront

Anfang Juni dieses Jahres traten zum ersten Mal seit langem Marxisten-Lenisten im sorgfältig abgeschirmten bürgerlichen Kulturbereich auf. Welche Verwirrung dieses »Trojanische Pferd« (WELT) dort stiftete, zeigt am besten die Chronik der Ereignisse:

Auf der verzweifelten Suche nach einer Massenbasis für ihre verfaulende bürgerliche Kultur und Kunst veranstalteten die Ruhrgebietsstädte Wuppertal, Bochum, Krefeld, Dortmund, Oberhausen sowie Köln Anfang Juni in Wuppertal eine »Kulturinitiative URBS (Stadt) 71«. Mit über 250 Einzelveranstaltungen in einer Woche sollte vom offensichtlichen Bankrott des kapitalistischen Städtebaus, von den unerträglichen Wohn- und Lebensbedingungen des Proletariats, vor allem in den Ruhrgebietszentren abgelenkt werden. Neben aufwendigen Theater- und Multi-Media-Inszenierungen wurden auch gleich haufenweise billig »progressive« Beat-, Kabarett- und Straßentheatergruppen eingekauft, die den reaktionären Charakter des Festivals, das die Steuerzahler nicht weniger als 720000 DM (in einer Woche!) kostete, verschleiern sollten. Doch während jene, fast alle der DKP nahestehende Gruppen, auf diese Taktik eingingen, lösten 3 Filme aus Berlin einen »Skandal« (SPIEGEL) aus.

Diese Filme über Lehrlings- und Schülerprobleme und Probleme der Frau am Arbeitsplatz befaßten sich mit ihrem Thema nicht nur mit »pointiert marxistisch-leninistischem Standpunkt«, (Zeit) sondern sie zogen aus den aufgezeigten Widersprüchen die richtigen Konsequenzen und riefen zur Organisierung in den Massenorganisationen der KPD/ML auf.

Kann die Bourgeoisie in einem von ihr abgesteckten Rahmen heute noch Kritik an ihrem System hinnehmen, so wird ihr andererseits schon jetzt jeder Hinweis auf die konkrete Möglichkeit des revolutionären Kampfes gegen dieses System gefährlich. Für die 3 Filme bedeutet dies: Absetzung vom »Urbs«-Programm, Verbot, sie »auf städtischen Straßen und Plätzen, sowie in städtischen Räumen aufzuführen«.

Das Verbot wurde begleitet von einer wütenden Hetzkampagne der bürgerlichen Presse, die die Filme als »miese Propaganda«, »platteste maoistisch-leninistische Agitation«, »Propaganda, die wild, oft auf emotionalen Schleichwegen um sich schlägt« und schließlich, als letztes Mittel, als »handwerklich mangelhaft« und »kulturell wertlos« beschimpfte und so das Verbot zu rechtfertigen suchte.

Diese Kampagne der Bourgeoisie wurde angeführt vom NRW-Juso-Vorsitzenden Dammeyer (Oberhausen), der auf einer öffentlichen »Testschau« die Filme »dummdreist, feige und blöde« titulierte und jede Diskussion darüber ablehnte. Diese Haltung (von ihm selber später mit »ich mußte meinen Kopf retten« entschuldigt!) brachte ihn in offenen Widerspruch mit den dort zahlreich vertretenen Jungarbeitern, Lehrlingen und Schülern, darunter viele Juso-Mitglieder, die auf einer Diskussion bestanden und für die Freigabe der Filme plädierten. Auch die rund 150 Lehrlinge einer Elberfelder Berufschule, wo die Filme am nächsten Tag gezeigt werden sollten, stimmten einstimmig für die 3 Filme und gegen die eilend herbeigeschafften Ersatzfilme. Als der Direktor der Schule, SPD-Stadtrat, ihnen glattweg jedes politische Urteilsvermögen absprach und sie vor die Wahl stellte: Ersatzfilme oder gar keine Filme, verließen 90 % der Lehrlinge geschlossen die Aula.

In einer Flugblattkampagne informierten die Filmgruppen Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler über die tatsächlichen Hintergründe des Verbots und über seinen Zusammenhang mit der heutigen politischen Situation in der BDR, die im Zeichen der erstarkenden marxistisch-leninistischen Bewegung einerseits und der herannahenden Krise andererseits steht. In dem Flugblatt hieß es unter anderem:

»Warum wollen die Herrschenden verhindern, daß ihr diese Filme seht? Weil sie Angst haben vor den dort aufgezeigten Alternativen! Weil sie Angst haben vor einer starken Organisation der Arbeiterklasse, wie sie in diesen Filmen gefordert wird!«

Wie groß diese Angst der Bourgeoisie tatsächlich ist, wurde deutlich, als alle 15000 Exemplare der Sonderzeitung »Urbs-Expreß«, auf deren Titelseite eine Vorführung der verbotenen Filme angekündigt war, von der Stadt eingezogen und eingestampft wurden.

Wie groß diese Angst der Bourgeoisie tatsächlich ist, wurde weiter klar, als der Kulturreferent der Stadt Wuppertal, Revermann, dem Jugendclub »Impulse«, der einen Raum zur Vorführung überlassen wollte, unverhüllt mit Streichung der städtischen Zuschüsse drohte. Daraufhin zog der DKP-nahe Vorstand des »Impuls« seine aus »prinzipiellen Gründen« gegebene Zusage flugs wieder zurück, zumal auch noch einige Posten im Spiel waren. Die »Prinzipien« der Revisionisten erwiesen sich auch hier als leere Sprüche.

Immer wieder von Beifall unterbrochen, wurden die Filme dann schließlich dennoch vor gut 130 Lehrlingen, Jungarbeitern und Schülern gezeigt und die dort aufgeworfenen Probleme ausführlich diskutiert, wobei die Rote Garde Wuppertal zahlreiche neue Mitglieder und Sympathisanten gewinnen konnte.

Warum gelang es drei Filmen mit marxistisch-leninistischem Standpunkt, solch heillose Verwirrung im bürgerlichen Kulturbetrieb zu stiften?

Mao Tsetung lehrt uns:

»Um eine politische Macht zu stürzen, ist es immer notwendig, vor allem die öffentliche Meinung zu schaffen und in der ideologischen Sphäre zu arbeiten. Das trifft zu für die revolutionären wie für die Konterrevolutionären Klassen.« Diese Analyse Mao Tsetungs trifft natürlich auch auf die Bemühungen der westdeutschen Bourgeoisie, ihre politische Macht zu verteidigen, zu. Weil sie die Bedeutung der ideologischen Sphäre genau kennt, hat sie alle ihre Institutionen im Kulturbereich doppelt und dreifach abgesichert: Durch den kapitalistischen Wettbewerb und die Abhängigkeit von der Werbung der Industrie im Fall der Presse etwa, durch Proporz-Bürokratie und gesetzlich verankerte Selbstzensur in den sogenannten »öffentlich rechtlichen Anstalten« Rundfunk und Fernsehen. Umsomehr mußte es die Bourgeoisie überraschen, daß durch all diese engen Maschen jetzt ein »Trojanisches Pferd« schlüpfen konnte. Die dadurch ausgelöste hysterische Pressekampagne sollte denn auch in der Hauptseite dazu dienen, die Maschen enger zu schließen, die Posten zu verstärken.

Als Marxisten-Leninisten wissen wir: Wir können den bürgerlichen Propagandaapparat nicht erobern. Um die öffentliche Meinung für die Revolution zu schaffen, müssen wir schon jetzt darangehen, unseren eigenen Propagandaapparat aufzubauen. Das heißt aber nicht, daß wir grundsätzlich nicht in den bürgerlichen Medien arbeiten sollen. Eine Arbeit von revolutionären Künstlern und Journalisten in Fernsehen, Rundfunk oder in der bürgerlichen Presse ist solange notwendig und gerechtfertigt, wie diese Arbeit dem Aufbau eines eigenständigen Propagandaapparats, d. h. eines eigenen Presse- und Druckwesens, einer eigenen Film- und Tonproduktion der Partei des Proletariats, nützt.

Da in den USA im Herbst Wahlen bevorstanden, konnte Johnson weitere Bombardierungen nicht sofort riskieren. Er präsentierte sich den Wählern gerade als Kandidat der »Mäßigung« und schimpfte seinen Gegner Goldwater einen Verrückten, weil dieser im Fernsehen forderte, was die Regierung heimlich plante — den Luftkrieg gegen die DRV.

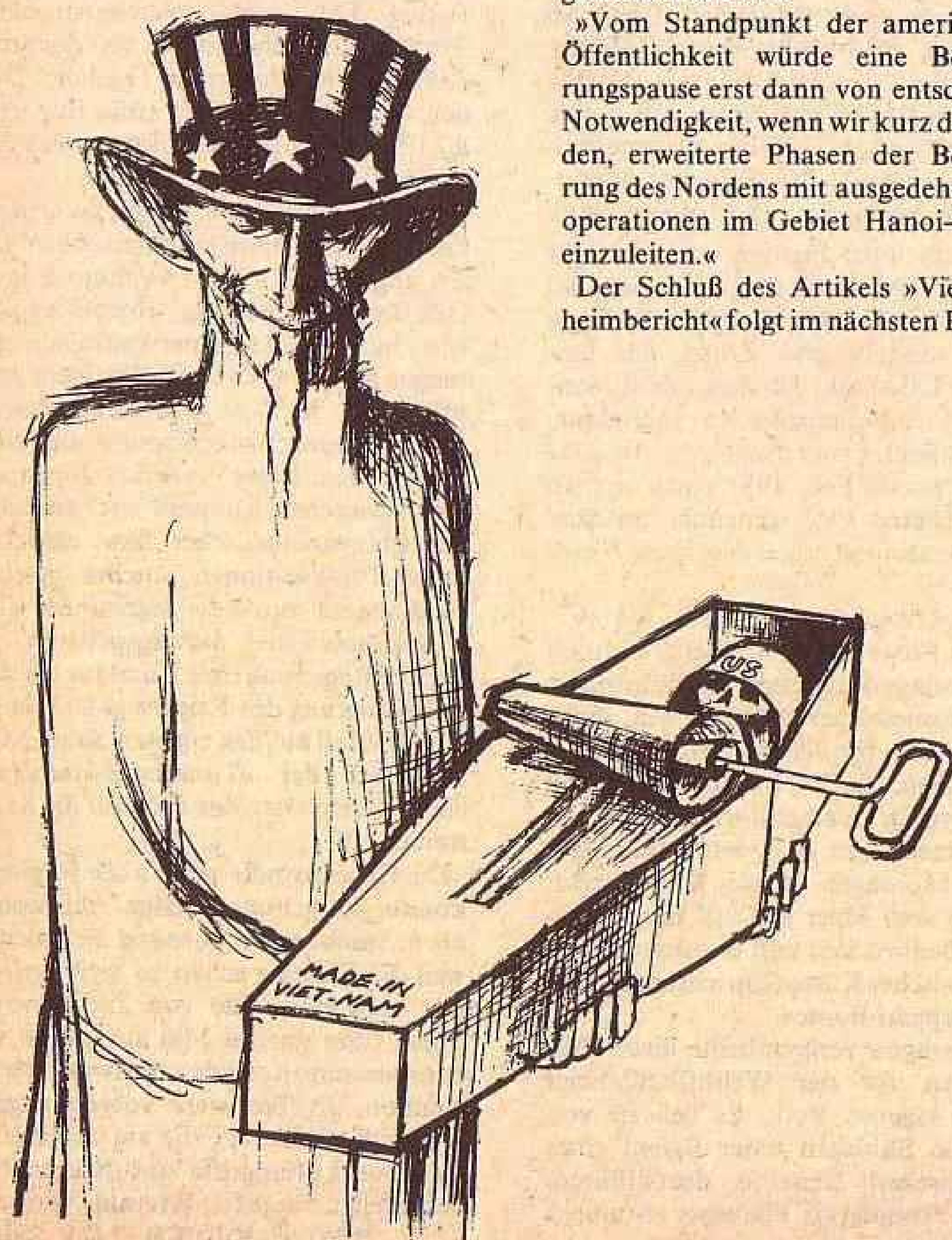
»Schmerzen« fühlte. D. h. — militärischen Sieg um jeden Preis. Wie hatte es doch ein Beamter des Außenministeriums so schön gesagt? **»Wir sollten öffentlich darauf hinweisen, daß Vietnam nicht wirksam neutralisiert werden kann, ohne daß die Kommunisten von der Herrschaft in Nordvietnam entfernt werden«.**

Johnson selbst befahl seinem Botschaf-

So schwätzte Johnson salbungsvoll davon, daß er den Krieg nicht eskalieren und die amerikanischen »boys« da raushalten wollte. Im Pentagon jedoch arbeiteten seine Planer noch intensiver an einer zweiten »Provokationsstrategie« mit dem Ziel, »die DRV zu Aktionen zu provozieren, die durch einen systematischen US-Luftkrieg beantwortet werden könnten« (Geheimstudie).

UM IHR EINFLUSSGEBIET ZU ERHALTEN UND DIE REVOLUTIONÄREN STREITKRÄFTE ZU VERNICHTEN, WAR DEN IMPERIALISTEN JEDES MITTEL RECHT!

In der Wahl der Taktik wurden sie jedoch durch gewisse Überlegungen zurückgehalten. Einmal hatten sie Angst, daß die Provokation nicht den gewünschten Effekt haben könnte — sie hatten Angst vor »vorzeitigen Verhandlungen« zu einem Zeitpunkt, wo die DRV noch keine



ter Cabot Lodge, »die Idee der Neutralisierung zu schlagen, wo immer sie ihr häßliches Haupt erhebt. Ich glaube . . . daß es nichts wichtigeres gibt, als neutralistisches Gerede überall und mit allen verfügbaren Mitteln zu stoppen«.

Die US-Regierung hatte andererseits auch berechtigte Angst, daß der revolutionäre Kampf in den USA selbst ihnen über den Kopf wachsen könnte. Deshalb verstärkte sie ihren Unterdrückungsapparat nach Kräften — und verbarg ihre imperialistischen Machenschaften vor dem eigenen Volk. Dies war, wie die Studie zeigt, der entscheidende Sinn der Bombardierungspausen, die ab 1965 erfolgten. Dazu Kriegsminister McNamara:

»Ich glaube, daß es eine Pause von 3 oder 4 Wochen geben sollte, bevor wir unsere Truppenzahl in Südvietnam erheblich erhöhen bzw. die Luftangriffe gegen den Norden intensivieren«. Das State Department setzte sich für noch weitergehende Pläne ein:

»Vom Standpunkt der amerikanischen Öffentlichkeit würde eine Bombardierungspause erst dann von entscheidender Notwendigkeit, wenn wir kurz davor stünden, erweiterte Phasen der Bombardierung des Nordens mit ausgedehnten Luftoperationen im Gebiet Hanoi-Haiphong einzuleiten.«

Der Schluß des Artikels »Vietnam-Geheimbericht« folgt im nächsten RM)